

6. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen



**Erfahrungen, Fortschritte,
Perspektiven**
- Konferenzbericht -

Brüssel, 4./5. Mai 2007





6. Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

**Erfahrungen,
Fortschritte,
Perspektiven
- Konferenzbericht -**

Brüssel, 4./5. Mai 2007

Inhaltsverzeichnis

Überblick und Zusammenfassung	
Das 6. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen Hintergrund und Konferenzverlauf	5
Zentrale Aussagen der Konferenz	8
Konferenzbericht	
Gemeinsames Grußwort der Konferenzvorsitzenden	10
Eröffnungsrede und Grußworte	12
„Was wir wollten – wo wir stehen“ - Die symbolischen Objekte der nationalen Delegationen	17
Ergebnisse aus den Workshops und dem Plenum	28
Schlussworte	33
Anhang 1	35
Schlussfolgerungen der deutschen EU-Präsidentschaft aus dem 6. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen an den Rat für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz am 30. und 31. Mai 2007	
Anhang 2	38
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer	

Das 6. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen : Hintergrund und Konferenzverlauf

Wege aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu schaffen, ist eine entscheidende Aufgabe für eine verantwortungsvolle Politik. Deshalb haben sich die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 auf dem Gipfel von Lissabon das Ziel gesetzt, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es einer globalen Strategie, in deren Rahmen (...) die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen ist.“ Zur Umsetzung dieser ambitionierten Zielsetzung betont die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Notwendigkeit und Gemeinsamkeiten eines weiten Europäischen Sozialmodells für das 21. Jahrhundert, das auf jegliche Form von Armut und sozialer Ausgrenzung angemessen reagiert. In diesem Prozess sollen alle Beteiligten Gehör finden – auch und gerade die Menschen, deren soziale Teilhaberechte durch ein Dasein am Rande der Gesellschaft eingeschränkt sind. Ein wichtiger Baustein für mehr Partizipation auf europäischer Ebene sind die seit dem Jahr 2001 jährlich im ersten Halbjahr durchgeführten Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen.

Das mittlerweile 6. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen fand am 4./5. Mai 2007 unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Konferenzzentrum Palais d’Egmont in Brüssel statt. Inhaltlich und organisatorisch vorbereitet wurde das Treffen von einem Organisationskomitee aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Europäischen Armutsnetzwerkes EAPN, Vertreterinnen und Vertretern des deutschen Ministeriums für Arbeit und Soziales, der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission, der deutschen Nationalen Armutskonferenz, der Initiative ATD Vierte Welt, von FEANTSA (europäisches Netzwerk nationaler Organisationen zur Hilfe von Obdachlosen), der belgischen Regierung und einer Vertreterin des Ministeriums für Arbeit, Familien und Soziales der Republik Slowenien.

An dem Treffen selbst nahmen rund 220 Menschen teil. Darunter befanden sich Delegationen der von Armut betroffenen Menschen aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union - bis auf Rumänien - sowie aus Norwegen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft war durch den Vizekanzler und Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering und den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Franz Thönnies vertreten. Für die Europäische Kommission war der Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit Vladimir Spidla anwesend. Zahlreiche Mitgliedstaaten waren durch Vertreterinnen und Vertreter aus Sozialministerien bzw. ständigen Vertretungen sowie Mitglieder des Ausschusses für Sozialschutz (SPC), des Europäischen Parlaments sowie des Europarates vertreten. Darüber hinaus nahmen Repräsentantinnen und Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen, der Sozialpartner und der Wissenschaft an dem Treffen teil.

Ziel der zweitägigen Konferenz war es, Bilanz zu ziehen und darzustellen, wie sich die soziale Situation von Menschen mit Armutserfahrungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union seit Beginn der Treffen 2001 entwickelt hat. Positive Alltagserfahrungen spiegelten die Bedeutung der Betroffenenbeteiligung für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. In Workshops erarbeiteten die Delegationen konkrete Botschaften zu den aus ihrer Sicht dringendsten Herausforderungen und Schwerpunkten sozialer Integration und gaben diese in ihren Berichten an die anwesenden politischen Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten weiter.

Zur Vorbereitung der Konferenz erarbeitete EAPN für die nationalen Delegationen einen methodischen Leitfadens und forderte sie dazu auf, ihre Bilanz in dreidimensionalen Objekten zu visualisieren. Diese Objekte stellten ein zentrales inhaltliches Moment der Konferenz dar. Sie wurden über beide Tage verteilt im Plenum präsentiert und erlaubten einen intensiven Einblick in die Problemlagen und Wahrnehmungen von Menschen mit Armutserfahrungen in den Mitgliedstaaten. Die Objekte machten die Anforderungen an das Europäische Sozialmodell deutlich. Es zeigte sich anschaulich, dass innerhalb der Europäischen Union die Faktoren, die zu Armut und sozialer Ausgrenzung führen, sich stark ähneln, ihre konkreten Auswirkungen für die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Menschen jedoch aufgrund der zum Teil sehr unterschiedlichen sozialen Sicherungsniveaus stark voneinander abweichen können.

Begrüßung und Eröffnung

Das Treffen wurde durch die beiden Konferenzvorsitzenden Bischöfin Maria Jepsen sowie Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster eingeleitet, die in ihrem gemeinsamen Grußwort noch einmal die Bedeutung der sozialen Dimension Europas betonten. Gerade die Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, benötigten Unterstützung und Beteiligungsmöglichkeiten. Der Auftrag weist aber über die Konferenz hinaus, weshalb die Vorsitzenden alle Beteiligten an die Einheit von Wort und Tat erinnerten.

Der deutsche Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Müntefering nahm diesen Aspekt in seiner Eröffnungsrede auf und betonte, dass der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung nicht nur eine Frage der Mitmenschlichkeit darstelle, sondern im wohlverstandenen Interesse der gesamten Gesellschaft liege. Der Staat trägt dabei die Verantwortung dafür, dem Einzelnen die Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Der Zugang zu fairer Arbeit, die Verwirklichung von Bildungschancen und die Versorgung mit angemessenem Wohnraum sind aus seiner Sicht die zentralen Grundlagen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit Vladimir Spidla, betonte in seinem Grußwort, dass die Politikerinnen und Politiker aufgerufen sind, die Sorgen und Nöte gerade von den Menschen ernst zu nehmen, die am Rande der Gesellschaft leben. Soziale Integration kann die Europäische Union nur verwirklichen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger in den Einigungsprozess eingebunden werden. Eine wirksame Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung muss dabei den Zugang zu einer Existenz sichernden Beschäftigung, die Sicherung gleicher Bildungs- und Ausbildungschancen, den Zugang zu einem angemessenen Gesundheitsschutz sowie insgesamt zu den sozialen Gütern und Dienstleistungen sicherstellen.

Lauri Sivonen verwies als Vertreter des Menschenrechtskommissars des Europarates auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte und führte in seinem Grußwort aus, dass Armut und soziale Ausgrenzung eine ständige Verletzung der Menschenwürde darstellen. Eine Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung müsse sich gegen Diskriminierungen aller Art richten und den Zugang aller zu den Teilhaberechten einer Gesellschaft sicherstellen.

Zwischen diesen beiden Beiträgen berichtete Virginie Poilvert, Delegierte des 5. Treffens, kritisch aus der Perspektive der Betroffenen von ihren Erfahrungen auf dem Treffen im letzten Jahr. Die Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen seien eine wichtige Gelegenheit, den Anliegen der Betroffenen Gehör zu verschaffen. Sie erweiterten das Wissen über die Erscheinungsformen von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa, indem sie die Gemeinsamkeiten ebenso illustrierten wie die Unterschiede. Die Treffen förderten die Solidarität der Betroffenen untereinander und seien insofern auch ein wichtiger Mutmacher für alle aktiv Beteiligten, nicht in ihren Anstrengungen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung nachzulassen.

Objektpräsentation und Workshops

Unter der Überschrift „Was wir wollten, wo wir stehen – Bilanz der ersten fünf Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen:“ wurden am ersten Tag im Plenum die Objekte aus Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Dänemark, Finnland, Italien, Frankreich, Schweden, Malta, Griechenland, Deutschland, Ungarn, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg sowie von EAPN präsentiert und kommentiert. Anschließend diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in sieben moderierten Workshops unter dem Titel „Perspektiven bündeln – Dialog fördern – Resonanz stärken – Der Blick nach vorne – Wege zu mehr Teilhabe und sozialem Zusammenhalt“ über Schwierigkeiten und Erfolge sozialer Integration. Die Ergebnisse der Workshops wurden in Berichten für das Plenum am zweiten Tag zusammenfassend aufgearbeitet.

Diskussion und Austausch

Der zweite Tag wurde eingeleitet durch die Objektpräsentationen der Delegationen aus der Tschechischen Republik, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, Großbritannien sowie vom Ausschuss für Sozialschutz, dem belgischen Sozialministerium und der Europäischen Kommission. Anschließend wurden die zentralen Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den Workshops vorgestellt. Diese Kurzstatements leiteten über zu der Diskussion zwischen Jérôme Vignon, Direktor der Abteilung Sozialschutz und soziale Integration, Elise Willame, Vorsitzende des EU-Ausschusses für Sozialschutz und Renzo Fior, Präsident von Emmaus International und den Delegierten. Hier standen die Probleme und Erscheinungsformen von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Lösungsansätze für den europäischen Handlungsrahmen im Mittelpunkt. Dabei spielte die Frage einer beteiligungsoffenen Fortsetzung des europäischen Verfassungsprozesses eine ebenso zentrale Rolle wie die Forderung nach einer weiteren Stärkung partizipativer Elemente auf europäischer wie nationaler Ebene.

Abschluss und Ausblick

Abgeschlossen wurde die Veranstaltung durch Schlussworte von Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im deutschen Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Ludo Horemans, Präsident von EAPN sowie Davor Dominkus, Abteilungsleiter Sozialpolitik im Ministerium für Arbeit, Frauen und Soziales der Republik Slowenien. Als Vertreterin der Mitgliedstaaten im Ausschuss für Sozialschutz übergab Frau Willame ein rotes Megafon als Objekt der Regierungsvertreter an Herrn Thönnies. Dieses Objekt weist darauf hin, dass sich die betroffenen Menschen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gegenüber den politisch Verantwortlichen laut Gehör verschaffen und ist gleichzeitig eine Aufforderung an die Regierungsvertreter, sich hörbar für die Anliegen einzusetzen. Das Megafon wurde von Herrn Thönnies an Herrn Dominkus als Vertreter der kommenden EU-Ratspräsidentschaft weitergegeben.

Zentrale Aussagen der Konferenz

Im Folgenden werden wichtige Themen und Diskussionspunkte der Konferenz im Überblick zusammengefasst. Sie wurden von den Delegationen anhand von plastischen Objekten, in Workshops und Diskussionsrunden erarbeitet und vorgestellt:

- Die Delegierten stellen fest, dass der Wohlstand in der Europäischen Union wächst. Zugleich geben sie ihrer Sorge Ausdruck, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht nur in Europa immer weiter auseinander geht. Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Frage der Verteilungsgerechtigkeit auf der politischen Tagesordnung nur eine marginale Rolle spielt.
- Die Erreichung des Lissabon - Zieles, bis 2010 entscheidende Fortschritte bei der Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu machen, erscheint einigen Delegierten illusorisch. Sie verzeichnen im Gegenteil eine zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen gerade für die Menschen, die in Armut und sozialer Ausgrenzung leben. Die Instrumente aktivierender sozialer Eingliederung erleben sie weniger als Hilfe zur Selbsthilfe, sondern im Gegenteil als Bevormundung und Beschneidung ihrer Teilhaberechte.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz haben große Sorgen in Bezug auf die weitere Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Ihrer Erfahrung nach haben diese Maßnahmen sozial ausgrenzende Wirkungen und erschweren bzw. verteuern den Zugang zu elementaren Dienstleistungen wie der Wasser- oder Energieversorgung.
- Kinderarmut, die Benachteiligung von Frauen, der eingeschränkte Zugang zum Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung, die hohe Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit sowie das Fehlen angemessenen Wohnraums sind aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zentrale Ausgrenzungsrisiken, die sich mehr oder weniger ausgeprägt in allen Mitgliedstaaten der Union zeigen. Die sozialen Sicherungssysteme schützen zum Teil nicht oder nur unzureichend vor diesen Lebensrisiken.
- Diskriminierung und Rassismus sind weitere wichtige Gründe für soziale Ausgrenzung. Sie betreffen ein breites Spektrum von Personengruppen wie zum Beispiel ethnische Minderheiten (insbesondere Roma), Menschen mit Behinderungen, allein Erziehende, ältere Menschen, sowie Migrantinnen und Migranten.
- Beklagt wird, dass der Umgang mit Asyl suchenden Menschen in einzelnen Ländern der Europäischen Union nicht mit der Einhaltung der Menschenwürde vereinbar ist. Auch die Situation von Menschen ohne gültige Papiere bzw. die von Arbeitsmigranten verstößt häufig gegen elementare Grundrechte.

- Insbesondere in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten spielt die Altersarmut eine zentrale Rolle. Hier zeigt sich exemplarisch das Problem, dass die Sozialtransfers und sozialen Dienstleistungen im Europäischen Sozialmodell häufig nicht armutsfest ausgestaltet sind.
- Obwohl die Regierungen und öffentlichen Verwaltungen in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Zwischenzeit verstärkt für das Thema der Betroffenenbeteiligung sensibilisiert sind, verzeichnen die Delegierten immer noch große Defizite bei der konkreten Umsetzung. Dies gilt z.B. bei der Einbeziehung in Gesetzgebungsverfahren, aber auch im täglichen Verwaltungshandeln.
- Recht haben heißt nicht immer auch Recht bekommen. Die Delegierten berichten von erheblichen Problemen bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen und fordern in diesem Zusammenhang eine Informationspflicht für öffentliche Stellen.

Diese Schlaglichter machen deutlich, dass gelungene soziale Integration für viele Menschen in Europa Wunsch und nicht Realität ist. Die Lösung sozialer Probleme ist damit ein zentraler Prüfstein für die Legitimität des europäischen Einigungsprozesses insgesamt. Soziale Integration lässt sich dabei nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg erreichen. Die Betroffenen erwarten, dass ihnen mit Achtung und Respekt begegnet wird und die Bedingungen für eine umfassende soziale Integration in einem Klima der Gleichberechtigung verbessert werden.

Die Europäische Union hat sich verpflichtet, die soziale Kohäsion innerhalb und zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu stärken. Das 6. Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen gab Gelegenheit für einen spezifischen Blickwinkel auf die Wirkungen der Lissabon-Strategie. Nicht Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sondern die Betroffenen selbst wurden als Fachleute in eigener Sache gehört. Es hat den Austausch von Betroffenen untereinander, aber auch mit der Politik und den anwesenden Vertretern von Institutionen und Verbänden wie dem europäischen Dachverband der Gewerkschaften (ETUC) bis hin zu dem europäischen Zusammenschluss der Organisationen für das Wohl und die Rechte der Kinder (Eurochild) gestärkt und Netzwerkarbeit ermöglicht. Die Konferenz hat auch deutlich gemacht, dass dieses „Europa Gesichter braucht“, wie es die Konferenzvorsitzende Bischöfin Maria Jepsen formulierte. Es ist die Botschaft an die Betroffenen „Du bist wer! Wir nehmen Dich wahr und respektieren Dich in Deiner Situation.“ Dahinter steht aber auch die Gewissheit, dass bereits viele staatliche wie private Einrichtungen, Initiativen und Helferinnen und Helfer sich um in Not geratene Menschen kümmern. Die Ergebnisse der Tagung bringen diese Erkenntnis ebenso zum Ausdruck, wie sie auch Erscheinungsformen sozialer Ausgrenzung benennen, die ein soziales Europa nicht länger tolerieren darf.

Eingeleitet durch ein gemeinsames Grußwort der beiden Konferenzvorsitzenden werden im Folgenden zentrale Aussagen der einzelnen Programmpunkte der Tagung zusammengefasst. Für weiteren Informationsbedarf findet sich im Anhang eine nach Herkunftsland bzw. Funktion sortierte Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

1. Gemeinsames Grußwort der Konferenzvorsitzenden

Die Lissabon-Strategie vom Jahr 2000, das Netzwerk European Anti Poverty Network, die Europäischen Treffen der von Armut betroffenen Menschen: Es ist gut, dass es sie gibt, aber wir wünschen ihnen einen höheren Bekanntheitsgrad, mehr Unterstützung von allen Seiten und Ebenen – und letztlich, dass sie eines Tages überflüssig werden. Doch das ist ganz gewiss noch nicht in absehbarer Zeit möglich, wahrscheinlich niemals. Die Zahl derer, die arm, bettelarm sind, wächst – unübersehbar. Ein Gang durch unsere Städte und ein Blick ins Internet bestätigt dieses europaweite Phänomen. Umso wichtiger ist dieses Treffen, bei dem Austausch und Ermutigung geschehen soll, Menschen sich begegnen, die sonst kaum einander wahrnehmen. Hier sollen sich Männer und Frauen verschiedener Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten gegenseitig zuhören und Perspektiven entwickeln – gegen die bisherige, gegen die drohende weitere Armut.

Wir sind in unterschiedlicher Weise mit dem Thema Armut vertraut. Ich, Maria Jepsen, bin seit 15 Jahren evangelisch-lutherische Bischöfin in Hamburg und engagiere mich dort insbesondere für Menschen ohne Wohnung und ohne Einkommen sowie für Frauen in Armut. Ich, Ernst-Ulrich Huster, beschäftige mich wissenschaftlich seit über 25 Jahren mit Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung, arbeite gemeinsam in und mit Wohlfahrtsverbänden und NGO's, aber auch mit Regierungsstellen sowie der Europäischen Kommission zusammen. Wir spüren die gewaltigen Unterschiede, zugleich sind wir beeindruckt von der großen Flexibilität armer Menschen, wie sie mit Phantasie und Ausdauer handeln, solidarisch sind – und auch das andere erleben wir: Depression, Gelähmtheit und Abgrenzung in erschreckender Weise.

Die Bibel ist unser Orientierungsrahmen, und da lesen wir einerseits, dass es immer Arme geben wird, aber zugleich eben die ständige Aufforderung, Arme nicht auszugrenzen, Arme nicht auszubeuten, Armen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Daran werden wir gemessen, ob wir arme Menschen achten und ihnen gerechte Verhältnisse ermöglichen. Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) gab zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März diesen Jahres fünf Glück-Wünsche für die Zukunft Europas bekannt, und wir zitieren aus dem dritten Glückwunsch:

- Die Europäische Union braucht mehr Gerechtigkeit. Trotz aller wirtschaftlichen Erfolge leben in der EU noch immer fast 80 Millionen Menschen an der Armutsgrenze, jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht. Mehr als 17 Millionen Menschen in der EU sind ohne Arbeit. Die Schere zwischen Arm und Reich geht in vielen europäischen Ländern immer weiter auseinander. Die evangelischen Kirchen in Europa wünschen sich eine Europäische Union, die ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik in ein Gleichgewicht bringt, das sich gegenseitig unterstützt und die Armut und soziale Ausgrenzung in Europa stärker als bisher bekämpft.“

Dazu bedarf es zweierlei: Zum einen müssen alle, die mit Armut und sozialer Ausgrenzung zu tun haben, miteinander sprechen, einander zuhören, Vorschläge gemeinsam beraten. Zum anderen müssen Vorschläge auch in die Tat umgesetzt werden, müssen die unterschiedlichen Aktivitäten beispielsweise dieser Konferenz, des EAPN, der Europäischen Kommission, der Regierungen

der Mitgliedstaaten, der Nationalen Armutsorganisationen, der Nichtregierungsorganisationen sowie anderer Stellen eng miteinander verzahnt werden, ganz so wie es in den Beschlüssen von Lissabon und folgend von Nizza vorgesehen ist. Der Beschluss des Europäischen Rates von Lissabon im Jahr 2000, Europa bis zum Jahr 2010 nicht nur zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen, sondern auch einen größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen, muss umgesetzt werden. Nur noch dreieinhalb Jahre trennen uns von dem anvisierten Zeitpunkt. Deshalb kommt dem diesjährigen Treffen der von Armut betroffenen Menschen ein besonderes Gewicht zu: Es gilt, kritisch Bilanz zu ziehen und aufzuzeigen, was nun als nächste Ziele angegangen werden kann und soll. Es dürfen die zwei Ziele nicht vage oder gar unverbunden nebeneinander stehen: dynamischster Wirtschaftsraum und sozialer Zusammenhalt, sie müssen vielmehr ineinander greifen. Zugleich zeichnet sich ab, dass dieses Europa auch noch für etwas Anderes Verantwortung trägt: In dieses Europa drängen Migrantinnen und Migranten aus Armuts- und Bürgerkriegsregionen dieser Welt, mit und ohne Pass bzw. Aufenthaltserlaubnis. Dieses Europa ist Teil einer Weltwirtschaftsordnung, die weite Teile der Weltbevölkerung sozial in den Schatten stellt. Armut und soziale Ausgrenzung in Europa und darüber hinaus: komplexe Themen, die zu Polemik verleiten können, aber auch die Suche nach weiterführenden Strategien ermöglichen. Versuchen wir uns gemeinsam an Letzterem.

*Bischöfin Maria Jepsen
Nordelbische Ev.-Luth. Kirche, Hamburg*

*Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster
Evangelische Fachhochschule
Rheinland/Westfalen-Lippe Bochum*



2. Eröffnungsrede und Grußworte

Franz Müntefering • Bundesminister für Arbeit und Soziales : “Verantwortung für das Ganze – Respekt vor dem Einzelnen - Für ein Europa mit sozialem Gesicht“

Vladimir Spidla • EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit

Lauri Sivonen • Berater im Büro des Menschenrechtskommissars des Europarates

Virginie Poilvert • Teilnehmerin des 5. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen

„Europa ist eine der reichsten Regionen der Erde.

Es darf niemanden ruhen lassen, dass auch hier Menschen in Armut leben.“

Franz Müntefering

Der deutsche Bundesminister für Arbeit und Soziales, **Franz Müntefering**, stellte in seiner Rede einen klaren politischen Auftrag ins Zentrum: „Politik hat Verantwortung für das Ganze. Und sie braucht Respekt vor dem Einzelnen.“ Demzufolge ist der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union nicht nur eine Frage von Mitmenschlichkeit, sondern liegt im wohlverstandenen Interesse der gesamten Gesellschaft. In der politischen Umsetzung kann sich Europa trotz der unterschiedlichen Traditionen in den 27 Mitgliedstaaten auf gemeinsame soziale Werte und Vorstellungen beziehen. So gilt die Idee von Sozialstaat, von der sozialen Marktwirtschaft und von der Sozialpartnerschaft im Kern überall in Europa. Und: „Wir haben ein gemeinsames Bild von der Menschenwürde und von einer sozialen Gesellschaft. Dieses leitet unser Handeln und ist für Politik verpflichtend.“ Eine der zentralen Herausforderungen europäischer Sozialpolitik wird dabei sein, den Binnenmarkt sozial auszugestalten und ökonomische, ökologische und soziale Fragen zusammen zu denken. Das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft lautet entsprechend: „Kräfte bündeln für ein soziales Europa in einer sozialen Welt!“ Und auch wenn noch Baustellen geblieben sind, so sind auch viele Schritte bereits gegangen worden.

Müntefering betonte, dass nationale Traditionen in der Sozialpolitik dominierend seien. Er plädierte daher für einen intensiven Erfahrungsaustausch – „mit mehr Mut zu konkreteren Zielen und mit einer klaren und transparenten Berichterstattung über die Fortschritte in den jeweiligen sozialen Bereichen“. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wirbt in diesem Zusammenhang für die Aufnahme sozialpolitischer Leitlinien bei der Neufassung der integrierten Leitlinien im Jahr 2008. Dabei geht es nicht nur um die Formulierung von „Mindeststandards nach unten, sondern auch [um] soziale Fortschritte, nach denen wir uns noch strecken müssen.“

Eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik – so Minister Müntefering – besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die allen Menschen Raum zur Teilhabe eröffnen. Die folgenden drei Stichworte haben aus Sicht von Minister Müntefering für eine Politik der sozialen Integration zentrale Bedeutung:

- Bildung legt den Grundstein für ein selbst bestimmtes Leben. Sie ist ein Menschenrecht und steht deshalb am Anfang aller Überlegungen. Gleiche Lebenschancen benötigen gleiche Bildungschancen von Anfang an, damit die Spirale von Perspektivlosigkeit und sozialer Ausgrenzung gar nicht erst entsteht bzw. individuelle Armutskarrieren möglichst frühzeitig durchbrochen werden können.

- Arbeit haben sichert nicht bloß den Lebensunterhalt, sondern bedeutet auch Respekt, Anerkennung und – im Idealfall – ein Stück Selbstverwirklichung. So verstanden, ist das Ziel der Vollbeschäftigung gleichbedeutend mit dem Festhalten am Integrationsgebot der Gesellschaft. Allerdings fehlen gerade im Bereich der niedrig qualifizierten Beschäftigung ausreichende Arbeitsplätze. Lebenslanges Lernen und passgenaue Qualifizierungen sind notwendig, um Beschäftigungschancen zu verbessern. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fasst die entsprechenden Anstrengungen unter dem Begriff „gute Arbeit schaffen“ zusammen. Dieser Anspruch umfasst: neben mehr Arbeit auch faire Bezahlung, rechtliche Sicherheit, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, familienfreundliche Ausgestaltung und ausreichende Chancen auf Weiterbildung.
- Eine dritte zentrale Grundvoraussetzung für die Verwirklichung sozialer Teilhaberechte ist der Zugang zu angemessenem Wohnraum in einem lebenswerten Wohnumfeld.

Politik, die den Menschen ernst nimmt, kann keine schnellen Erfolge bei der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung versprechen. Aber: „Fortschritt ist möglich!“ – diese Zusage gilt und an ihr hat sich (europäische) Politik zu orientieren. Politik darf sich nicht damit abfinden, dass es Menschen gibt, die von den drei genannten Lebensbereichen ausgeschlossen werden. Zur Förderung sozialer Integration braucht es mehr Eigenverantwortung einerseits und das Recht auf verlässliche staatliche Unterstützung andererseits. Die Idee des Sozialstaates, Solidarität zu organisieren, sei, so der Minister, aktueller denn je – sie benötige aber auch mehr Gemeinsinn und private Initiative.

„Wenn sich Politikerinnen und Politiker Ihre Bedürfnisse zum Maßstab machen und daran die Erfolge im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung bewerten möchten, dann müssen wir sehr genau beachten, was Sie uns mitzuteilen haben.“

Vladimir Spidla

Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, **Vladimir Spidla**, sieht im politischen Tagesgeschäft Nachholbedarf, wenn es um Gelegenheiten geht, von Armut Betroffene besser unmittelbar in den politischen Prozess einzubinden und ihre Bedürfnisse genauer anzuhören. Dabei ist eine verantwortungsvolle Politik genau auf diese Stimmen der Betroffenen angewiesen, denn nur wenn sich diese artikulieren und ihre Forderungen formulieren können, können (sozial-)politische Aktivitäten darauf abgestimmt werden. Die Europäische Union hat sich in ihrer 50-jährigen Geschichte immer wieder mit dem Problem der sozialen Integration beschäftigt. Dabei ist festzustellen, dass die Fragen des sozialen Zusammenhalts und der Integration in einer (zusammen)wachsenden Union einerseits immer dringlicher, andererseits aber auch komplexer werden. Auf dem Gipfel von Amsterdam im Jahr 1997 hat die Europäische Union darauf reagiert und die Kompetenzen der Gemeinschaft im Bereich des Sozialschutzes ausgeweitet. Ausgehend von der Erkenntnis, dass „die Anzahl der Menschen, die innerhalb der Union unterhalb der Armutsgrenze leben und damit sozial ausgegrenzt sind, nicht akzeptabel ist“, beschlossen die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Lissabon im Jahr 2000, Armut und soziale Ausgrenzung bis zum Jahr 2010 in allen Mitgliedstaaten wirksam zu bekämpfen.

Betrachtet man die Ergebnisse des im Februar 2007 von der EU-Kommission vorgelegten Joint Report on Social Protection and Social Inclusion, dann ist allerdings festzustellen, dass das Armutsrisiko in der Europäischen Union mit durchschnittlich 16 Prozent im Jahr 2004 immer noch hoch ist. Zugleich weisen die Zahlen ein ausgeprägtes Wohlstandsgefälle zwischen und innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten aus – aber auch eine geschlechtsspezifische

Verteilung der Armutrisiken. Der Joint Report betont zudem die Notwendigkeit, alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure und Sozialpartner verstärkt in die Erarbeitung nationaler Strategien im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung einzubeziehen. Die Förderung der Teilhabe ist ein zentrales Element bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Dabei gilt es, die Betroffenen nicht nur anzuhören, sondern sie auch angemessen in den Politikprozess einzubinden.

Kommissar Spidla legte dar, dass nicht zuletzt aufgrund der Offenen Methode der Koordinierung im Bereich des Sozialschutzes (OMK) innerhalb der Europäischen Union ein ausdifferenziertes Berichtssystem entstanden ist, das umfangreiches quantitatives Material zur Entwicklung der sozialen Situation in Europa bereit hält. Allerdings fehlt es immer noch an qualitativen Studien, die die Lebenssituationen von Menschen konkret beschreiben und analysieren. Die Erfahrungen der Betroffenen werden nicht systematisch erfasst und aufgearbeitet. Deshalb ist es wichtig, diese Personengruppen stärker als bislang in die Diskussionen und Untersuchungen einzubeziehen. Die europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen unterstreichen dieses Mitspracherecht der Betroffenen. Sie schaffen – so Kommissar Spidla – ein Forum für den Austausch zwischen von Armut betroffenen Menschen und Politikerinnen und Politikern. Die Treffen bieten einen Raum für das gegenseitige Zuhören, Verstehen und den wechselseitigen Erkenntnisgewinn. Insgesamt haben die Treffen im Laufe der Jahre dazu beigetragen, das Verständnis über die Multidimensionalität von Armut und sozialer Ausgrenzung zu vertiefen und an ganz persönlichen Schicksalen deutlich zu machen.

Aufgrund dieses Erfahrungsaustausches ist auch klar geworden, dass eine wirksame Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung auf viele, sich gegenseitig bedingende und verstärkende Dimensionen bezogen sein muss. Hierzu gehören sozialpolitische Handlungsfelder wie der Zugang zu einer Existenz sichernden Beschäftigung, die Sicherung gleicher Bildungs- und Ausbildungschancen, der Zugang zu einem angemessenen Gesundheitsschutz sowie insgesamt der (barrierefreie) Zugang zu sozialen Gütern und Dienstleistungen.

„Menschenrechte sind kein Luxusgut einer kleinen, privilegierten Elite.
(...) Armut ist ein fortwährender Angriff auf die menschliche Würde.
Und sie stellt eine unüberwindliche Hürde für die Verwirklichung
zivilgesellschaftlicher und politischer Rechte dar.“

Lauri Sivonen

Kommissar Spidla wies darauf hin, dass die Europäische Union sich das Ziel gesetzt hat, den sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken. Zur Umsetzung stehen ihr unterschiedliche Instrumente zur Verfügung: Einerseits die Berichte im Rahmen der OMK, andererseits die Strukturfonds oder das im Jahr 2007 neu gestartete Gemeinschaftsprogramm PROGRESS. Unterschiedliche Initiativen der Kommission sollen dabei gezielt die Aufmerksamkeit auf bestimmte Problemgruppen lenken, z.B. durch die Förderung von Projekten zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind.

Das Jahr 2007 ist das Europäische Jahr der Chancengleichheit. Damit das Motto der Europäischen Union von der „Einheit in Vielfalt“ keine leere Worthülse bleibt, kommt es darauf an, die Bezüge zwischen einer Politik zur Förderung der Chancengleichheit und der sozialen Integration deutlich herauszuarbeiten. Dazu müssen aber auch alle Bürgerinnen und Bürger nachhaltig in den Europäischen Integrationsprozess einbezogen werden. In diesem Sinne hilft das 6. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung auf allen Ebenen weiter voranzutreiben.

Lauri Sivonen überbrachte als Berater im Büro des Menschenrechtskommissars die Grußworte des Europarates. Aus Sicht des Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg ist das 6. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen eine gute Gelegenheit, um die Fortschritte der Lissabon-Strategie zu bewerten. Es geht dabei um die Frage, was in Europa erreicht wurde und ob sich die Union auf einem guten Weg befindet, ihre Ziele bis 2010 zu erreichen.

Es war ein langer Weg seit dem ersten Treffen im Jahr 2001, als die Frage im Raum stand, wie die Betroffenen einen eigenen Beitrag zur Umsetzung bzw. Überprüfung der Lissabon-Strategie leisten können. Seitdem haben sich diese Treffen in jährlichen Abständen wiederholt – Grund genug zu der Feststellung, dass sie ein wichtiger und ertragreicher Beitrag zur Umsetzung der europäischen Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung geworden sind. Die Treffen machen zugleich den Anspruch der Union deutlich, dass Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung immer in Kooperation mit den Betroffenen und ihren Interessenvertretungen entwickelt werden sollten.

Der Joint Report on Social Protection and Social Inclusion, der von Kommissar Spidla am 20. Februar 2007 präsentiert wurde, zeigt aber auch, dass inmitten des europäischen Wohlstandes viele Menschen nach wie vor ausgegrenzt bleiben. 16 Prozent der Europäerinnen und Europäer leben in Armut und 10 Prozent in Erwerbslosenhaushalten. Und obwohl eine wachsende öffentliche Aufmerksamkeit für Fragen der sozialen Ausgrenzung zu verzeichnen ist, werden viele arme Menschen nach wie vor stigmatisiert und benachteiligt.

Als Menschenrechtsorganisation beschäftigt sich auch der Europarat mit Fragen der Armut und sozialen Ausgrenzung. Der Europarat hat mit der European Convention on Human Rights for civil and political rights und der European Social Charter for social and economic rights zwei Grundlagenverträge zur Sicherung von Grundrechten angenommen. Eines der wichtigsten Ziele, das der Europarat dabei verfolgt, ist die Sicherung sozialer Rechte.

Menschenrechte sind kein Privileg einzelner Bevölkerungsgruppen. Soziale und ökonomische Rechte unterstützen Freiheits- und Bürgerrechte – und umgekehrt! Menschen, die in Armut und sozialer Ausgrenzung leben, ist der Zugang zu diesen Rechten verwehrt. Menschen, die täglich einen Kampf um das Überleben führen, können nicht am öffentlichen Leben teilhaben.

„Diese Treffen geben uns Gelegenheit zusammenzufinden und daraus Kraft zu schöpfen, um anderen Menschen in Armut den Gedanken der Teilhabe zu vermitteln. Für unsere Delegation war es ein regelrechter Schluck aus der Sauerstoffflasche!“

Virginie Poilvert

Eines der Ziele dieses Treffens ist es, – so Sivonen – den Blick auf Beispiele gelungener Integration zu lenken. Am 23. März 2007 präsentierte der Europarat in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission eine neue europäische Diskussionsplattform für ethische Initiativen zur solidarischen Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das Besondere an dem Projekt ist, dass es konsequent auf Betroffenenbeteiligung und nicht in erster Linie auf die von Institutionen vermittelte Hilfe für Betroffene setzt.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind heute zentrale europäische Themen. Das Beispiel der Roma zeigt, wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit Formen extremer Armut zusammenhängen können. Roma sind in vielen Bereichen Opfer von Diskriminierungen, sei

es im Bildungs- oder Gesundheitssystem, am Arbeitsmarkt oder beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Weiterer Anlass zur Sorge bietet auch das Thema Kinderarmut. Armut und soziale Ausgrenzung können direkte Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit von Kindern und ihre Bildungschancen haben.

Zusammenfassend stellte Sivonen fest, dass Armut für die Betroffenen immer auch der Ausschluss von ihren Rechten darstellt. Eine Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung muss deshalb den Zugang aller zu den Teilhaberechten einer Gesellschaft sicherstellen. Dies schließt das Recht auf Bildung ebenso ein wie ein Recht auf Ausbildung und Arbeit, auf angemessenen Wohnraum und soziale (Gesundheits)- Dienstleistungen. Der Ansatz, Armut über die Durchsetzung der Menschenrechte zu bekämpfen, zielt darauf ab, die Menschen zu befähigen, ihre Rechte vollständig wahrzunehmen!

Virginie Poilvert berichtete als Teilnehmerin der französischen Delegation am 5. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen von ihren Erfahrungen und Eindrücken. Sie verband diese Rückschau mit ihren Erwartungen für die aktuelle Konferenz. Das letztjährige Treffen war eine wichtige Gelegenheit, von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Es hat Menschen mit Armutserfahrungen die Chance geboten, für sich selbst und andere aktiv zu werden. Dabei stehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer langen Tradition im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, woraus auch deutlich wird, dass Veränderungen zum einen Zeit benötigen, zum anderen nur in der Zusammenarbeit mit vielen anderen erreichbar sind. Die Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen sind hierbei ein wichtiges Instrument.

Virginie Poilvert berichtete, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die vielen Schilderungen von realen Lebenssituationen die komplexe soziale Situation in der Europäischen Union ebenso deutlich geworden ist wie die existierenden Unterschiede im Grad der sozialen Absicherung. Arm sein in Europa – bedeutet nicht im gleichen Maße arm sein! Die Schwierigkeiten, die die Menschen zu bewältigen haben, weichen erheblich voneinander ab. Auf diese Weise gab das Treffen auch Gelegenheit zur Reflexion der eigenen Armutsbetroffenheit.

Aus ihrer Sicht sind die Brüsseler Treffen eine gute Gelegenheit, um die Partizipation der Betroffenen zu stärken. Die Delegierten finden einerseits Raum, sich gegenseitig auszutauschen und zu solidarisieren, andererseits fühlen sie sich auch durch die Politik ernster genommen. In Frankreich hat die Teilnahme an den europäischen Treffen auch konkrete Auswirkungen nach sich gezogen. So wurde in Zusammenarbeit mit sozialen Trägern die Durchführung regionaler und transnationaler Treffen angestoßen. Das Ziel dieser Treffen ist es, dass sich Sozialarbeiter und Menschen mit Armutserfahrungen gegenseitig kennen lernen, um Formen konkreter Einmischung zu entwickeln. Denn es geht darum, die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf sich zu ziehen, damit diese verstehen, dass es Antworten auf die sozialen Probleme gibt. Eine weitere direkte Folge des 5. Europäischen Treffens war die Gründung der Vereinigung „Die Stimme des Bürgers“, in der sowohl von Armut Betroffene als auch Sozialarbeiter zusammengeschlossen sind.

In Bezug auf das diesjährige Treffen brachte Virginie Poilvert die Hoffnung zum Ausdruck, dass es die Gelegenheit gibt, Bilanz zu ziehen und die notwendigen weiteren Schritte zu diskutieren. Die Strategie von Lissabon setzt das Ziel, bis 2010 entscheidende Fortschritte in der Armutsbekämpfung zu erzielen. Die Frage ist, welche Entwicklungen sich dabei in den Ländern der Europäischen Union zeigen. Virginie Poilvert nahm Bezug auf die bereits genannten zentralen Ansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu einem menschenwürdigen Einkommen, der Zugang zu Wohnungen, die Integration von Migranten, die Partizipation der Betroffenen u.a.m. Sie betonte, dass es wichtig ist, sich weiter für dieses



3. „Was wir wollten – wo wir stehen“

Die symbolischen Objekte der nationalen Delegationen



Unter dem Titel „Was wir wollten – wo wir stehen“ haben 25 Delegationen, die Europäische Kommission, der Ausschuss für Sozialschutz, das belgische Ministerium für soziale Integration sowie EAPN ihre Erfahrungen mit den vorangegangenen fünf Treffen aufgearbeitet und in Form plastischer Objekte visualisiert. Damit verbunden war die Fragestellung, wie sich die Einbeziehung von Armut Betroffener auf den Prozess sozialer Integration auswirkt. Im Folgenden werden die Präsentationen in Handlungsfelder zusammengefasst und ihre zentralen Aussagen wiedergegeben. Dabei werden einige Präsentationen mehrfach erwähnt, da sie unterschiedliche Themen in den Blickpunkt gerückt haben.

Armut und Teilhabe

Die Präsentationen aus Bulgarien, Zypern, Frankreich, Großbritannien und Portugal machen auf unterschiedliche Art und Weise deutlich, wie Armut als ein Synonym für eine Gesellschaft verwendet werden kann, die aus dem Gleichgewicht geraten ist. Dies gilt unabhängig von den unterschiedlichen Wohlstandsniveaus wie sie etwa zwischen Frankreich und Bulgarien bestehen. Zwar sind Armut und das Erleben sozialer Ausgrenzung relativ in Bezug zum jeweiligen gesellschaftlichen Wohlstand, weshalb die unterschiedlichen Lebenslagen von Betroffenen in den einzelnen Ländern statistisch nur schwer miteinander vergleichbar sind. Stellt man allerdings den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung, dann zeigt sich über die Präsentationen, dass das konkrete Erleben von Armut und sozialer Ausgrenzung und die damit verwehrten Teilhabe- und Verwirklichungschancen so universell sind, wie die dahinter stehenden gesellschaftlichen Verteilungskonflikte und politischen Auseinandersetzungen.

Die **bulgarische Delegation** bringt in der Präsentation sinnfreier Gegenstände (eine Tasse ohne Boden, eine Plastikzigarette) zum Ausdruck, dass Menschen in Armut sich durch Isolation und Stigmatisierung von der Teilhabe am sozialen Leben ausgeschlossen fühlen. Armut wird als Sinnverlust wahrgenommen. Dabei ist die Auseinandersetzung über die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht nur eine Frage, wie der Einzelne besser in die Gesellschaft integriert werden kann. Es geht auch um die politische Diskussion, wie die Ressourcen einer Gesellschaft insgesamt verteilt werden sollten. Ist es sozial gerecht – so fragt die bulgarische Delegation – wenn die Regierung Geld für Rüstungsgüter ausgibt, wenn zugleich viele Rentnerinnen und Rentner keine Existenz sichernden Renten beziehen?

Die **zypriotische Delegation** hat diesen Gedanken aufgenommen und fragt sich, wie die Beteiligung der von Armut Betroffenen am politischen Prozess weiter gestärkt werden kann. Denn auch oder vielleicht sogar gerade in einem Land, in dem Armut eher ein Randphänomen ist, stellt sich das Problem der politischen Interessensvertretung von gesellschaftlichen Minderheiten. Während in Bulgarien alle von der sozialen Ausgrenzung alter Menschen wissen, gilt es in Zypern, Lobbyarbeit für die Betroffenen zu machen, um sie ins kollektive Bewusstsein zu rücken. Zwei Probleme – so zeigt der Beitrag aus Zypern – sind dabei besonders drückend: Erstens die Schwierigkeiten innerhalb des Landes, aber auch von der Europäischen Union Finanzierungszusagen für soziale Projekte zu finden. Und zweitens die Langsamkeit, mit der Veränderungen für die Menschen erreicht werden können.

Eine Gesellschaft, die ihr Gleichgewicht finden will, muss die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen als vollwertige Mitglieder akzeptieren. Es gilt, ihre Rechte zu respektieren und ihre Teilhabe zu stärken. Die Präsentation der **französischen Delegation** zeigt, wie mit kleinen Schritten die Aufmerksamkeit für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung geweckt werden kann. Hier haben die Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen Wirkungen auf der nationalen wie regionalen Ebene erzielt. So sind in der Zwischenzeit eine Reihe selbstorganisierter Initiativen entstanden, in denen Betroffene auf ihre Situation aufmerksam machen und ihre Teilhaberechte aktiv einfordern. Die Botschaft dabei

lautet, sich nicht isolieren zu lassen. Zwar braucht Partizipation beteiligungsoffene politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Bereitschaft des Einzelnen, sich aktiv an der Umsetzung der in dem französischen Objekt symbolisierten Grundwerte „Freiheit, Gleichheit, Teilhabe“ zu beteiligen. Denn nur durch den permanenten Druck von unten öffnet sich der politische Prozess für die Betroffenen.

Auch die Delegation aus **Großbritannien** sieht die Teilhaberechte von Menschen mit Armutserfahrungen in vielfältiger Weise beeinträchtigt. Für sie stellt sich das Versprechen auf gesellschaftliche Teilhabe als eine Tür dar, vor die zahlreiche Barrieren gesetzt sind. Rassismus, Diskriminierungen aller Art, fehlende Beschäftigungschancen, der eingeschränkte Zugang zu sozialen und kulturellen Dienstleistungen – all das führt dazu, dass von Armut betroffene Menschen zunehmend in einer Parallelwelt zur Mehrheitsgesellschaft leben. Dabei zeigt das englische Beispiel auch, dass mehr Teilhabe möglich ist. So verweist die Gruppe darauf, dass qualitative Befragungen von Betroffenen und die Erarbeitung der Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung im Rahmen der Lissabon-Strategie durchaus zu mehr Betroffenenbeteiligung geführt haben.



Das Beispiel der Delegation aus **Portugal** steht ebenfalls dafür, wie etwa im Bereich der Altenarbeit mehr Teilhabe organisiert werden kann. In dem Projekt „Teilhabe aktivieren“ werden – zum Teil in Kooperation mit lokalen Firmen – Beschäftigungs- und Freizeitaktivitäten für benachteiligte ältere Menschen entwickelt. Das Objekt der Delegation – ein mit einer Blume bemalter und im Rahmen des Projekts hergestellter Porzellanteller – symbolisiert dabei, wie ältere Menschen aufgrund ihrer Lebenserfahrung und Fähigkeiten scheinbar Nutzloses in Kunst verwandeln. Durch weitere neun

Mikroprojekte konnten zusätzliche Zielgruppen wie Kinder, Jugendliche oder psychisch kranke Menschen erreicht werden. Die Aktivitäten zeigen, wie Teilhabe vor Ort realisiert werden kann. Es ist aber ein langer Weg zu gehen, Netzwerke müssen aufgebaut und Räume für Beteiligung geschaffen werden. Dabei erweist es sich immer wieder als schwierig, Beispiele guter Praxis aus einer befristeten Modellphase in eine dauerhafte Regelpraxis zu überführen.

Armut und Entsolidarisierung

Armut und soziale Ausgrenzung entsolidarisieren die Menschen, nicht nur innerhalb der Gesellschaft insgesamt, sondern bisweilen auch innerhalb ihrer eigenen Gruppe. Sie werden bewusst oder unbewusst an den Rand gedrängt. Diese Menschen verschwinden aus dem Blickwinkel und es ist dabei nicht selbstverständlich, dass sich die Betroffenen zusammenschließen und ihre Bedürfnisse artikulieren. Denn zu groß sind oft die psychischen und physischen Belastungen des Alltags. Damit fehlt es vielfach nicht nur an der Gelegenheit, sondern auch an der Kraft, für die eigenen Rechte einzustehen. Diesem Problem widmen sich schwerpunktmäßig die Delegationen aus Italien, Österreich, Spanien, Deutschland und Slowenien.

„Es war einmal ein kleines trauriges Kind. Seine Augen blickten in eine Welt, die zu groß für ihn erschien. In seiner Kindheit hat er die Bedeutung von Schmerz erfahren. Er erwartete nichts von seinem Leben“ – mit diesen Worten beginnt die Präsentation der **italienischen Delegation** über einen kleinen Jungen, der in seinem ganzen Leben nur die Erfahrung der Entsolidarisierung und (sozialen) Isolation gemacht hat. Eines Tages trifft dieses Kind auf einem Marktplatz auf viele andere Menschen, die sich ebenfalls am Rande der Gesellschaft bewegen. Doch jetzt vollzieht sich ein Wandel, denn die Menschen werden sich plötzlich der Macht ihrer Masse bewusst – sie

schließen sich zusammen und beginnen mit einer Stimme zu sprechen.

Die Gefühle des Ausgeschlossenseins und der individuellen Hilflosigkeit visualisiert auch der Beitrag aus **Österreich**. Ein Würfel symbolisiert die unterschiedlichen Seiten von Armut und sozialer Ausgrenzung. Nur an den Rändern berühren sich die einzelnen Seiten – so steht jeder Mensch oder jede Problemgruppe mit den jeweiligen Sorgen und Nöten letztlich allein. Und ein zweites macht der Würfel deutlich: Egal wie man den Würfel auch dreht, der Betrachter kann immer nur eine Seite des Würfels wahrnehmen. So selektiv diese Wahrnehmung durch die Gesellschaft, so zufällig sind damit letztlich die sozialen Hilfs- und Unterstützungsleistungen. Glück hat, wessen Seite beim Würfelspiel nach oben zeigt. Diese Gruppe kann Aufmerksamkeit und Hilfe auf sich ziehen. Die anderen bleiben im Schatten – und berühren sie sich auch zum Teil an den Rändern, so bleiben sie doch letztlich isoliert auf ihrer jeweiligen Seite, ohne Möglichkeiten sich zu gegenseitig vernetzen.

In dem Beitrag der **spanischen Delegation** finden sich diese Gedanken ebenfalls wieder. Bunte Luftballons symbolisieren die Themenfelder, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen die Möglichkeit geben, sich für ihre Belange wieder selbst einzusetzen. Netzwerkarbeit, Betroffenenbeteiligung, Empathie, Aufmerksamkeit und Hilfe zur Selbsthilfe sind für die spanische Delegation Chiffren, die den Weg für einen partnerschaftlicheren Umgang bei der Lösung sozialer Probleme weisen können.

Ein Laib Brot visualisiert für die **deutsche Delegation** die Fähigkeit einer Gesellschaft, Solidarität zu üben und alle Menschen am gemeinsamen Wohlstand teilhaben zu lassen. Das Brot ist ihr Symbol – es ist gut teilbar und befriedigt den Hunger aller Menschen gleichermaßen. Übertragen auf die Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen sieht die Delegation ebenfalls Anzeichen dafür, dass es hierdurch gelingt, Entsolidarisierungen entgegenzutreten. So hat sich die Präsenz von Entscheidungsträgern im Laufe der Jahre erhöht – die Treffen werden also auch über den Kreis der Teilnehmenden hinaus wahr- und zunehmend ernst genommen. In Deutschland konnte die Nationale Armutskonferenz im letzten Jahr ein entsprechendes Treffen organisieren und so auch auf nationaler Ebene die Partizipation der Betroffenen stärken. So wichtig derartige Aktivitäten für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auch sein mögen, es darf dabei nicht die Verteilungsfrage zwischen Arm und Reich und damit die Suche nach einer gerechteren Wirtschafts- und Sozialordnung vergessen werden – so jedenfalls der Appell der deutschen Delegation.

Die **slowenische Delegation** ergänzt diesen Gedanken um den Hinweis, dass der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung nur in einer gemeinsamen internationalen Anstrengung gewonnen werden kann. Zwar hat jeder Staat seine eigenen Probleme und Lösungsansätze. Soziale Probleme machen im gemeinsamen Haus Europa aber nicht vor Ländergrenzen halt. Deshalb muss die Europäische Union dafür Sorge tragen, dass sich die Mitgliedstaaten nicht



gegenseitig übervorteilen, sondern durch Kooperation und Austausch den internationalen Entsolidarisierungstendenzen, hervorgerufen durch die Europäisierung und Globalisierung, entgegenwirken.

Multidimensionalität von Armut

Die Beiträge der Delegationen aus Polen, Ungarn, Malta, Griechenland, den Niederlanden, Dänemark, Luxemburg und Schweden zeigen die Multidimensionalität von Armut und sozialer Ausgrenzung auf. Sie belegen ein breites Spektrum an sozialen Ausgrenzungsrisiken und identifizieren vor allem Frauen, Kinder und Menschen ohne Wohnung als besonders betroffene



Zielgruppen. Die polnische Delegation hat mit dem Kaktus ein einfaches, zugleich eindrucksvolles Symbol gefunden, das für die Vielfalt sozialer Ausgrenzung ebenso steht wie für die Willensstärke der Betroffenen, an ihrer Situation etwas zu ändern. Denn selbst das Zusammentreffen widrigster Rahmenbedingungen kann diese kleine Pflanze nicht daran hindern zu überleben. Und wie der Kaktus von Zeit zu Zeit Wasser benötigt, brauchen auch die Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, besondere Unterstützung, damit ihre Fähigkeiten aufblühen können.



Die **ungarische Delegation** weist im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Armutsrisiken auf die gesundheitlichen Folgen, den eingeschränkten Zugang zu (Aus-) Bildungsangeboten und den ungenügenden barrierefreien Zugang zu Gütern und (sozialen) Dienstleistungen hin. Dabei ist in Ungarn festzustellen, dass sich die Situation auf dem Land in vielen Fällen noch einmal deutlich schlechter darstellt als in den Städten. Erschwerend tritt hinzu, dass die staatlichen Sozialleistungen nicht den wachsenden Problemen angepasst werden.



Für die Delegation aus **Malta** beschreibt ein halb aufgeblasener Ball am besten die Situation. Dabei steht der aufgeblasene Teil für die Fortschritte, die im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung erzielt werden, während der andere Teil die zukünftigen Herausforderungen symbolisiert. Die Delegation

stellt fest, dass viel Wissen über die Multidimensionalität der Armut existiert, dieses jedoch im politischen Prozess oft nur eine geringe Rolle spielt. Zwar öffnet sich die Politik langsam für beteiligungsfreundlichere Verfahren – so hat das Parlament erstmals gemeinsam mit den NGO's eine Gesetzesvorlage beraten – gleichwohl fehlt es an vielen Stellen noch am Willen, das Wissen über Verursachungszusammenhänge und Lösungswege konkret umzusetzen. Insofern fordert die Delegation weitere Anstrengungen für die Sensibilisierung, sei es über weitere Forschungsprojekte zu Fragen der Armut, die Förderung von zusätzlichen NGO's, eine bessere Nutzung der Strukturfonds sowie eine Verankerung der sozialen Inklusion als Mainstreaming-Thema über alle Politikbereiche hinweg.

Die **griechische Delegation** schließt sich mit einer Flaschenpost an den maltesischen Forderungskatalog an. Sie ist ein Symbol für die Hilfsbedürftigkeit der betroffenen Menschen



und zugleich eine Botschaft an die Politik. So enthält die Flaschenpost die Aufforderung, in einen Dialog über eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes einzutreten und entfaltet in der Nennung der relevanten Themenfelder das ganze Spektrum sozialer Ausgrenzung: Beschäftigung, Alterssicherung, Wohnung, Gesundheit, kostenloses Trinkwasser, die Versorgung mit bezahlbarer Energie, Bildung und der Zugang zur Kultur.



In den Präsentationen wird aber auch über bestehende Lösungsansätze zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung berichtet. So kann aus Sicht der **niederländischen Delegation** die Regierung auf wichtige Erfolge im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung verweisen. Deren Aufzählung macht zugleich die Vielschichtigkeit der zu Grunde liegenden Probleme deutlich. So hat sich nach Einschätzung der Delegation die Erwerbslosigkeit von Frauen verringert, der Umgang mit häuslicher Gewalt ist als Problem anerkannt, es sind weniger jugendliche Schulabbrecher zu verzeichnen und auch der Zugang von Menschen mit Behinderungen zu öffentlichen Dienstleistungen wurde verbessert. Andererseits bleiben Problemfelder bestehen. So fehlt es in den Städten zum Beispiel an bezahlbarem Wohnraum. Und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch. Insgesamt ist schwer feststellbar, welchen Beitrag die Lissabon-Strategie zur Verbesserung der sozialen Lage geleistet hat. Unzweifelhaft ist jedoch, dass sie zu einem besseren Verständnis der Multidimensionalität der sozialen Ausgrenzungsrisiken führt und die Auseinandersetzung über die Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen auf der politischen Agenda hält.



Die **dänische Delegation** macht mit ihrem Objekt insbesondere auf den Zusammenhang von Armut und unzureichenden Bildungschancen aufmerksam. Vorgestellt wird ein Projekt, in dem es gelingt, sozial benachteiligte Jugendliche soweit zu stabilisieren, dass sie wieder in der Lage sind, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Mit einem umfassenden Betreuungs- und Beratungsansatz werden die Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt vorbereitet und lernen dabei, sich selbst und andere wieder zu achten und zu respektieren. Damit unterstreicht das Projekt beispielhaft, wie der Zugang zu einem passenden Bildungsangebot die Spirale aus Armut und sozialer Ausgrenzung durchbrechen kann.

Die Delegation aus **Luxemburg** fokussiert insbesondere den Aspekt der mit Armut verbundenen Gesundheitsrisiken. Ihr Symbol ist das Regal „Shalf“ – ein Wortspiel aus ‚share‘ und ‚shelf‘ – in dem sich wie in einem Schaufenster die Dinge des täglichen Gebrauchs wiederfinden. Ausgehend von der Einschätzung, dass in einem reichen Land wie Luxemburg Armut vor allem als relatives Problem existiert, problematisiert die Gruppe mit dem eingeschränkten Zugang von Armut betroffener Menschen zu gesunden Lebensmitteln gleichwohl ein grundsätzliches Problem. Fehlende finanzielle Mittel einerseits und mangelnde Kenntnis über gesundes Ernährungsverhalten andererseits führen gerade bei Kindern aus benachteiligten Familien zu einer ungesunden Lebensweise. Ein soziales Lebensmittelgeschäft, wie es in Luxemburg betrieben wird, kann ein erster Schritt für eine praxisnahe Umsetzung des Rechts auf gesunde Ernährung sein.

Die **schwedische Delegation** fasst die individuellen Auswirkungen der vielfältigen Erscheinungsformen von Armut prägnant zusammen. Die häufig kumuliert auftretenden

Ausgrenzungsrisiken führen zu einem Verlust der Antriebsfähigkeit und erzeugen bei den Betroffenen ein negatives, oft auch schuldbeladenes Selbstbild. Das Angewiesensein auf Sozialtransfers und Unterstützungsleistungen fördert nicht nur ein Abhängigkeitsgefühl – es raubt den Betroffenen auch in vielen Fällen die freie Entscheidung über ihre Lebensplanung. Armut und soziale Ausgrenzung führen zu sozialer Isolation, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist nur noch sehr eingeschränkt möglich. Damit verbunden ist ein Gefühl der Nutzlosigkeit. Es fehlen die täglichen Routinen und tagesstrukturierenden Abläufe. Der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen ist häufig eingeschränkt und dies, obwohl ein Leben in Armut besondere physische und psychische Belastungen nach sich zieht. Armut und soziale Ausgrenzung können demütigen, wenn die Betroffenen nicht mit Respekt und menschlichem Anstand behandelt werden, wenn über sie, statt mit ihnen entschieden wird – kurz, wenn ihnen Teilhabe und Partizipation verwehrt bleiben.

Armut und Wohnungslosigkeit

Eine ganze Reihe von Delegationen hat sich dem Problem des Zugangs zu angemessenem Wohnraum als einem der elementaren menschlichen Grundbedürfnisse gewidmet. Die Präsentationen der Delegationen aus Belgien, Finnland, der Tschechischen Republik, Norwegen und Finnland zeigen, dass auch in den hoch entwickelten Industrieländern der Europäischen Union viele Menschen kein Dach über dem Kopf haben oder gezwungen sind, in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen zu leben. Die betroffenen Personen sind mit am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Denn wo bereits eine Wohnung als Schutz- und Erholungsraum fehlt, ist der Zugang zu umfassender sozialer Teilhabe weiter entfernt als der Mond von der Erde. Wenn hinzu kommt, dass, wie im Fall der Roma, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Ursache und Wirkung der Ausgrenzung zugleich sind, manifestiert sich in der Wohnungslosigkeit ein Teufelskreis aus alltäglichen massiven Verstößen gegen die allgemeinen Menschenrechte.

Die betroffenen Personen sind mit am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Denn wo bereits eine Wohnung als Schutz- und Erholungsraum fehlt, ist der Zugang zu umfassender sozialer Teilhabe weiter entfernt als der Mond von der Erde. Wenn hinzu kommt, dass, wie im Fall der Roma, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Ursache und Wirkung der Ausgrenzung zugleich sind, manifestiert sich in der Wohnungslosigkeit ein Teufelskreis aus alltäglichen massiven Verstößen gegen die allgemeinen Menschenrechte.



Die Wohnungslosigkeit ein Teufelskreis aus alltäglichen massiven Verstößen gegen die allgemeinen Menschenrechte.

Die **belgische Delegation** symbolisiert mit einem Zelt das menschliche Grundbedürfnis nach Schutz und Geborgenheit. Die Gruppe leitet daraus die Forderung nach einem Recht aller Menschen auf angemessenen Wohnraum als zentrale Grundbedingung von sozialer Teilhabe ab. Damit das Zelt den Menschen schützen kann, muss darüber hinaus auch der Zugang zu den sozialen Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Bildung und Gesundheit ermöglicht werden. Konkret wünscht sich die Delegation eine offene Diskussion darüber, wie sich die Grundbedürfnisse eines Menschen definieren und mit welchen Rechten und Pflichten sie konkret umgesetzt werden sollen.

Die **tschechische Delegation** greift mit ihrem Objekt ebenfalls die Forderung nach einem Grundrecht auf Wohnen auf. Ein bescheidenes Haus ohne Dach dient ihnen als Symbol dafür, dass viele Häuser in der Tschechischen Republik in einem schlechten Zustand sind. Das fehlende Dach über dem Kopf ist dabei auch ein Symbol für fehlende Sicherheit und gestörtes Wohlbefinden.



Eine Maus, die sich in dem Haus befindet, weist gesondert auf die Lebensumstände der Roma und hierbei vor allem der Frauen und Kinder hin. Nach den Erfahrungen der Delegation müssen viele Roma buchstäblich von dem leben, was andere übriglassen und in menschenunwürdigen Unterkünften hausen. Gerade das Beispiel der Romafrauen zeigt dabei eindrücklich, wie die fehlende Wohnung weitere soziale Benachteiligungen und Diskriminierungen nach sich zieht. So berichten die Delegierten von Sterilisierungen und Abtreibungen, die gegen den ausdrücklichen Willen der Frauen vorgenommen werden.

Das Beispiel aus **Finnland** zeigt wie es gelingen kann, die Aufmerksamkeit für das Thema in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Ein unscheinbares, zugleich rätselhaftes Symbol auf einem Button (eine schwarze Flamme) genügt einer Gruppe ehrenamtlich Engagierter, um Neugier zu erregen und mit anderen Menschen über das Thema ins Gespräch zu kommen. Ihre Authentizität erhöhen die Aktivist:innen, indem sie einen Tag im Jahr wie ein obdachloser Mensch leben. Im Rahmen einer weiteren Aktion wurden 850 Erfahrungsberichte obdachloser Menschen gesammelt und veröffentlicht. Über diese Art der Öffentlichkeitsarbeit konnte in der Zwischenzeit ein dichtes Netzwerk geknüpft werden, das auch von der finnischen Politik ernst genommen wird. Bei alledem bleibt aus Sicht der Delegation ein großes Problem bestehen, weil die Versprechen der politisch Verantwortlichen häufig nicht in der Realität der Betroffenen ankommen. Die Delegation regt deshalb eine Diskussion darüber an, wie die Politik über konkrete Sanktionsmechanismen stärker in die Pflicht zur Umsetzung ihrer eigenen Versprechen genommen werden kann.

Die **norwegische Delegation** greift dieses Problemfeld ebenfalls auf. Nach ihrer Einschätzung genügt es nicht, laufend weitere Hilfen für Betroffene einzufordern. Entscheidend ist wie, in welchem Umfang und auf welche Weise die Hilfe den wohnungslosen Menschen tatsächlich zugänglich gemacht wird. Vielfach würde – so die Einschätzung der Delegation – bereits ein menschlicheres, an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtetes Behördenhandeln ausreichen, um Wohnungslosigkeit und andere Formen sozialer Ausgrenzung zu vermeiden. Insgesamt fehlt es an integrierten, die einzelnen Politikfelder übergreifenden Handlungsansätzen. In diesem Zusammenhang macht die Gruppe auf eine weitere Problematik aufmerksam: So hat sich die norwegische Regierung zwar das Ziel gesetzt, die Obdachlosigkeit um dreißig Prozent zu reduzieren. Was ambitioniert klingt, ist für die Delegation hochproblematisch, bleiben doch im Umkehrschluss siebzig Prozent der Betroffenen in ihrer Lebenssituation gefangen.

Armut und Migration

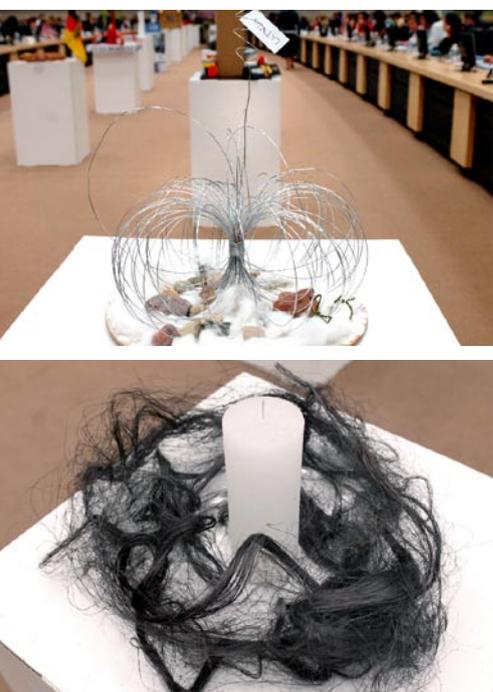
Die **irische Delegation** macht in ihrem Beitrag auf die Situation der Migrantinnen und Migranten aufmerksam. Sechs Bereiche sind dabei aus ihrer Sicht für die Lebensbedingungen von besonderer Bedeutung. Zum ersten weisen die Delegierten auf die unzureichende finanzielle Unterstützung hin. Demnach hat jeder erwachsene Asylsuchende in Irland Anspruch auf wöchentlich 19,10 Euro, Kinder erhalten die Hälfte. Wie in anderen Ländern der Europäischen Union auch dürfen die Betroffenen aber keine Arbeit aufnehmen. Mahlzeiten werden in Kantinen angeboten, dabei wird jedoch häufig nicht auf kulturelle oder religiöse Besonderheiten Rücksicht genommen. Insgesamt ist völlig unklar, wie Asylsuchende in Irland unter diesen Bedingungen ein menschenwürdiges Leben führen sollen. Ein zweites Problem stellt die Ausbeutung und eingeschränkte Mobilität von ausländischen Arbeitskräften dar. Viele Arbeitsmigranten haben nur eine eingeschränkte Arbeitserlaubnis, was letztlich zu einer hohen Abhängigkeit der Beschäftigten gegenüber ihrem Arbeitgeber führt. Lohn- und Beschäftigungsstandards werden nicht eingehalten und die Arbeiter in ständiger Angst vor Jobverlust und Abschiebung gehalten. Beschäftigung – für andere Menschen der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe – wird hier zu einer besonderen



Fessel! Migranten erleiden drittens in besonderer Weise Rassismus und Diskriminierung bis hin zu körperlichen Übergriffen. Eine besondere Form der Diskriminierung ist viertens die unzureichende Anerkennung von (formalen) Qualifikationen. Vielen Migranten wird es dadurch unmöglich, eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit zu finden. Integration paradox – wo die einen sich immer weiter qualifizieren sollen, um ihre Beschäftigungschancen zu verbessern, werden die anderen von diesen Aufstiegschancen ferngehalten. Ein fünftes Problem zeigt sich mit der Situation der sog. „undocumented migrants“, deren Zahl europaweit zunimmt. Sie sind in besonderer Weise von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen, da sie aufgrund des fehlenden legalen Aufenthaltstitels keine Rechte geltend machen oder soziale Dienste in Anspruch nehmen können. Und schließlich sind sechstens die eingeschränkten Möglichkeiten der Familienzusammenführung ein Problem der sozialen Ausgrenzung. Asylsuchende wie Arbeitsmigranten haben kein unmittelbares Recht auf Nachzug der Familienangehörigen. Es kann Jahre dauern, bis die formalen Voraussetzungen erfüllt sind, was für alle Beteiligten eine emotional höchst belastende Situation darstellt.

Teilhaberechte als Bestärkung für die Zukunft

Die Präsentationen aus Litauen und Lettland vermitteln in schon fast poetischer Weise die Hoffnung der Menschen mit Armutserfahrungen auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Gerade in den postkommunistischen Transformationsländern erleben die Menschen zum Teil schroffe soziale Gegensätze. Sozialtransfers halten nicht mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten Schritt, soziale Dienstleistungen, die früher frei zugänglich waren, sind heute für arme Menschen nicht mehr bezahlbar oder gar nicht mehr existent. In dieser Situation präsentiert die **lettische Delegation** eine stilisierte Blume, die als Symbol für das Leben eine Schneedecke durchbricht. Allerdings hat die Blume leere Blütenblätter, denn das Leben der Menschen mit Armutserfahrungen ist häufig ein farb- und freudloses Dasein. Dennoch bleibt Hoffnung, dass sich bis zum Jahr 2010 die Aussicht auf ein besseres Leben erfüllt. So war vor zehn Jahren auch die Integration Lettlands in die Europäische Union noch völlig undenkbar. Jetzt sind mit der Beteiligung von NGO's an der Erstellung der Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung erste Schritte für mehr



Betroffenenbeteiligung und Partizipation getan.

Auch für die **litauische Delegation** gehört Armut zur gesellschaftlichen Realität. Die eigenen Erfahrungen und der Austausch auf den Brüsseler Treffen bringen zum Ausdruck, dass sich Armut und soziale Ausgrenzung in der Realität anders anfühlen als dies Statistiken und Untersuchungen vermitteln können. Es existieren viele Grauzonen und Grenzbereiche, die sich einer wissenschaftlichen Beschreibung weitgehend entziehen. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch ist deshalb unverzichtbar, um Wege aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu finden. Die Kerze ist ein starkes Symbol für die Hoffnung, die sich dabei vor allem mit der Stärkung der Partizipation und der Hilfe zur Selbsthilfe verbindet: Menschen in Armut mit dem Docht und die Armut selbst mit dem Wachs symbolisierend, bedarf es einer helfenden Hand, um die Kerze zu entzünden. Wenn sie jedoch einmal brennt, verzehrt der brennende Docht den Wachs und damit nicht nur sich selbst, sondern auch die Armut.



Die Bekämpfung von Armut als politischer Auftrag

Die Präsentationen von EAPN, dem Ausschuss für Sozialschutz, dem belgischen Ministerium für soziale Integration und der Europäischen Kommission machen zunächst einmal deutlich, dass diese Form des Meinungsaustauschs auch in diesen Institutionen ernst genommen wurde und zu einem intensiven Nachdenken über die eigene Rolle im gesamten Prozess geführt hat.

Das Objekt von **EAPN** zeigt auf den unterschiedlichen Seiten eines Würfels, welche Bedeutung die sechs Treffen in Brüssel für die Partizipation der Betroffenen haben. Zwar kann immer nur eine begrenzte Anzahl von Menschen eingeladen werden, die Erfahrung zeigt aber, dass in die Vorbereitungen auf nationaler Ebene ein immer weiterer Kreis von Menschen einbezogen wird. Die Veranstaltungen unterstützen den Brückenschlag zwischen den Betroffenen einerseits und der Gesellschaft bzw. der Politik andererseits. Auch haben mittlerweile in einigen Mitgliedstaaten Folgeveranstaltungen stattgefunden und es sind neue Betroffeneninitiativen entstanden.

Die Idee der Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zieht also offenbar immer weitere Kreise. Jedoch verändert sich die soziale Situation vor Ort vielfach nur zögerlich, in einigen Fällen verschlechtert sie sich sogar. Die Diskussionen über Wege zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden zudem oft sehr technokratisch geführt. So entsteht der Eindruck, die Politik drehe sich letztlich im Kreise. Die Treffen in Brüssel und das von EAPN vorgestellte Objekt machen deutlich, dass hinter all den Problemen und Herausforderungen, über die die Mitgliedstaaten in langen Berichten Rechenschaft ablegen, Menschen stehen, die in der Lage und Willens sind, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Der **Ausschuss für Sozialschutz** präsentiert ein rotes Megafon, das eine doppelte Verpflichtung bzw. Funktion symbolisiert. So wirken die Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen einerseits als Verstärker. Die Stimme der Betroffenen wird gebündelt und auch in europäischen Gremien wie dem Ausschuss für Sozialschutz hörbar. Daraus erwächst auch deren Mitgliedern eine Verpflichtung, sich im unmittelbaren Einflussbereich zum Lautsprecher für die Anliegen der betroffenen Menschen zu machen und den eigenen Worten auch Taten folgen zu lassen.

Das **belgische Ministerium für soziale Integration** symbolisiert seine Rolle in Form eines Klappstuhls. Er beinhaltet die Verpflichtung der Verwaltung, sich selbst zum Teil der Problemlösung zu machen. Partizipation heißt hierbei respektvollen Umgang zu üben, sich Zeit für die Anliegen der anderen zu nehmen. In diesem Sinn ist auch der Tagungsort im Palais d'Egmont eine Wertschätzung gegenüber den Betroffenen. Direkte Partizipation muss sichergestellt werden, die Betroffenen folglich gleichberechtigt mit am Tisch sitzen. So gesehen ist der mobile Klappstuhl auch ein Symbol für die Bereitschaft, sich überall mit allen Akteuren zusammenzusetzen.

Die **Europäische Kommission** präsentiert das Modell eines kleinen Zirkus. Dieser steht zunächst für eine gewisse Unstrukturiertheit und auch waghalsige Kunststücke. Er ist aber auch ein Symbol für die Kunst, aus zahlreichen scheinbaren und unscheinbaren Elementen mit viel Improvisationsgabe eine gelungene Darbietung zu organisieren. Der Zirkus ist ein Ort der Toleranz, an dem viele unterschiedliche Menschen zusammentreffen und gemeinsam mit den

Zuschauern etwas Besonderes bewegen. Die Lust über sich hinauszugehen, wird im Zirkus ebenso befriedigt, wie die Neugier Grenzen zu überschreiten. Und so manches Mal wird die Vorstellung dabei zum Drahtseilakt. Zusammengenommen ist der Zirkus ein Ort, an dem viele Räder ineinander greifen, damit Menschen für andere Menschen etwas gemeinsam bewegen.



4. Ergebnisse aus den Workshops und dem Plenum

Vor dem Hintergrund der Bilanz der bisherigen Treffen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in sieben moderierten Workshops Herausforderungen und Themenschwerpunkte der sozialen Integration erörtert und diskutiert, wie die Wirkung der Treffen zukünftig weiter erhöht werden kann. Dabei kam ein umfassendes Themenspektrum zur Sprache: Teilhabechancen an Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche, Förderung der (aktiven) Eingliederung durch Integration in den Arbeitsmarkt, prekäre Beschäftigung, Armut von Kindern, Familien und allein Erziehenden, die Überwindung dauerhafter Armut und Vermeidung intergenerationeller Armut, Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, die Integration von Migrantinnen und Migranten und ethnischen Minderheiten, die Einbeziehung der Betroffenen in Hilfe- und Beratungsstrukturen sowie die Stärkung ihrer aktiven Beteiligung.

Die Ergebnisse der Workshops wurden innerhalb der einzelnen Gruppen dokumentiert und für einen Kurzbericht im Plenum zusammengefasst. Die Berichterstattung leitete über in die abschließende Plenumsdiskussion. Hier stellten sich Jérôme Vignon, Direktor der Abteilung Sozialschutz und soziale Integration, Elise Willame, Vorsitzende des Ausschusses für Sozialschutz und Renzo Fior, Präsident von Emmaus International, der Diskussion und den Fragen aus dem Plenum.

Die Ergebnisse der Workshops

Der Beobachter fühlt sich angesichts der Workshopergebnisse an die Symbolik des Würfels erinnert. Denn trotz der vielen Berichte über Ansätze zur Verbesserung der Lebensbedingungen der von Armut betroffenen Menschen wird auch deutlich, dass durchgehende Strukturen fehlen. Auffallend ist, dass keine Teilnehmerin kein Teilnehmer in den Workshops von einem integrierten nationalen Politikansatz berichtet, der die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung leiten würde. Teilerfolge für bestimmte Gruppen werden zwar in erster Linie auf lokaler Ebene erzielt, wo viele Projekte und Initiativen begonnen werden, gleichwohl fügen sich diese Ansätze nicht zu einer Gesamtstrategie. Auch die Offene Methode der Koordinierung im Rahmen der Lissabon-Strategie und die Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung haben in dieser Hinsicht offenbar kaum zu einer kohärenteren Politikplanung in oder gar zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten beigetragen. Hinzu kommt, dass dem einen Mitgliedstaat neu ist, was in anderen schon länger geübte Praxis darstellt. Gleichwohl erweist sich der Austausch als anregend, Ideen und Erfahrungen können ausgetauscht werden, etwa wie die Einbeziehung einzelner Zielgruppen weiter verbessert werden kann.

Allerdings ist auch unübersehbar, dass Fragen der Armut und sozialen Ausgrenzung auf allen politischen Ebenen auf der Tagesordnung angekommen sind. Das Bewusstsein in den einzelnen Mitgliedstaaten wächst, dass konkrete Hilfen und mehr Beteiligung von Nöten sind, damit die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Aus Sicht der Betroffenen sind die größten Hindernisse bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung Diskriminierungen, Stigmatisierungen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch der fehlende politische Wille und gegebenenfalls die faktische Unmöglichkeit, den gesellschaftlichen Wohlstand verstärkt durch Sozialtransfers bzw. soziale Dienstleistungen umzuverteilen. Dies macht deutlich, dass es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

handelt, die im gemeinsamen Haus Europa nur alle Mitgliedstaaten gemeinsam bewältigen können. Die Protokolle aus den Workshops weisen auf diese strukturellen Probleme hin, zeigen in ihren Forderungen und Empfehlungen aber auch, an welchen Stellen sich - nach Ansicht der Teilnehmer - Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung ergeben können.

Ganzheitliche Politikansätze zur Bekämpfung von Armut fördern

Ein Delegierter bringt es auf den Punkt: Kein Mensch will in Armut leben und kein Kind wird je als Zukunftswunsch das Leben in Armut angeben. Die sozialen Sicherungssysteme in den einzelnen Mitgliedstaaten müssen deshalb armutsfest gemacht werden. Dies ist nicht allein Problem der neuen mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten, in denen sich insbesondere die Situation für ältere Menschen und auch für ethnische Minderheiten (vor allem die Roma-Gemeinden) problematisch entwickelt. Auch in anderen Mitgliedstaaten mit vergleichsweise gut ausgebauten sozialen Sicherungssystemen sind die Sozialleistungen (z.B. für Familien und Kinder) nicht so ausgestaltet, dass alle Menschen nach dem Erhalt von Sozialtransfers und sozialer Dienstleistungen oberhalb der Armutsgrenze leben. Als besonders dramatisch erweist sich dabei die Zunahme der ‚working poor‘. Arm trotz Erwerbsarbeit heißt für viele die Lebensperspektive. Zu einem ganzheitlichen Ansatz der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung gehören deshalb auch die Forderungen aus den Workshops nach fairen und gerechten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, nach angemessenen Mindesteinkommen, nach dem uneingeschränkten Zugang zu (Aus-)Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, nach Schutz und angemessener Förderung von Kindern und Familien sowie dem Abbau von Diskriminierungen und (geschlechtsspezifischen) Benachteiligungen aller Art. Um hier zu weiteren Fortschritten zu kommen, fordern die Delegierten, dass Fragen der Armut und sozialer Ausgrenzung als Mainstreaming-Thema in allen Politikbereichen berücksichtigt werden müssen.

Den von Armut betroffenen Menschen fehlt oft eine Stimme, um auf ihre Situation in der Öffentlichkeit aufmerksam machen zu können. In diesem Kontext bekommt die Forderung nach einem besseren Zugang zur Bildung eine doppelte Bedeutung. Denn einerseits macht ein möglichst hohes Bildungsniveau stark gegen Armut, andererseits kann Bildungsarbeit auch genutzt werden, um besser über die Situation sozial ausgegrenzter Menschen zu informieren. Insgesamt gilt: Ein umfassender Politikansatz zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung kann nur gefunden werden, wenn die Beteiligung der Betroffenen ernst genommen und weiter ausgebaut wird. Akzeptanz auf beiden Seiten ist gerade in der Auseinandersetzung um Wege und Mittel zur besseren sozialen Integration ein zentrales Stichwort. Insofern sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, hier über den Ausbau und die Entwicklung neuer Zugangswege nachzudenken. In einzelnen Workshops sind dazu eine Reihe von Ansätzen für unterschiedliche Zielgruppen (Wohnungslose, alte Menschen u.a.m.) beschrieben worden. Dabei heißt Partizipation nicht nur, dass die Betroffenen am sozialen Leben teilhaben können, damit verbunden ist auch die Anforderung an die Politik, sich den Lebensrealitäten der betroffenen Menschen zu stellen. Hier zeigen die Berichte aus den Workshops, dass in einigen Mitgliedstaaten noch großer Verbesserungsbedarf besteht.

Die Praxis guten Regierungshandelns muss auf allen Ebenen weiter ausgebaut werden. Aus den Protokollen der Workshops wird deutlich, dass ein wichtiges Problem der Armutsbekämpfung weniger in der fehlenden Gesetzesgrundlage als vielmehr in deren Anwendung und Umsetzung in konkrete Politik vor Ort liegt. So kommt es vor, dass Gesetze nicht beachtet oder durch die Verwaltungen restriktiv ausgelegt werden. Hier fehlt es oft an einer Kultur der good governance. Es wird daher in einem Workshop die grundsätzliche Forderung erhoben, dass sich die Gesetzgebung stärker an den Menschen und nicht umgekehrt zu orientieren habe.

In diesen Bereich gehören auch die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern berichteten Defizite bei der Übernahme internationaler Charten in die nationale Gesetzgebung. Mit der Praxis der Rechtsanwendung eng verbunden ist des Weiteren die Sicherstellung des Zugangs aller zu den sozialen und kulturellen Dienstleistungen einer Gesellschaft. Das Problem besteht auch hier nicht nur in der Tatsache, dass entsprechende Leistungen fehlen, sondern bürokratische Verfahrensweisen abschreckend wirken, was zu einem ‚freiwilligen‘ Verzicht eigentlich leistungsberechtigter Personen führt (Dunkelzifferproblematik). Daraus resultiert die Forderung nach einer Informationspflicht für alle Behörden und öffentlichen Stellen gegenüber den Betroffenen. Rechtssicherheit ist eine Bringschuld gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn Rechte erst im Verwaltungsverfahren oder vor Gericht erstritten werden müssen, grenzt dies insbesondere von Armut betroffene Menschen aus.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung halten zwar einen multidimensionalen, die einzelnen Politikfelder überspannenden Politikansatz für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung für unabdingbar, gleichwohl treten sie auch für die unmittelbare, gezielte Förderung bestimmter Bevölkerungsgruppen ein. Höchste Priorität haben dabei der besondere Schutz von Frauen und Kindern, die Beseitigung der Diskriminierungen von Migrantinnen und Migranten bzw. ethnischer Minderheiten sowie effektive Maßnahmen gegen die Wohnungslosigkeit. Dabei ist darauf zu achten, dass die Menschen nicht von einem Projekt zu einem anderen gereicht werden, sondern die Möglichkeit erhalten, in einem nachhaltigen Prozess ihre Fähigkeiten und Kenntnisse möglichst umfassend zu entwickeln.

Anfragen an die europäische Ebene

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fordern die Europäische Union auf, ihre Politikstrategien genauer im Hinblick auf negative Auswirkungen für benachteiligte Menschen zu überprüfen. Aus den Workshops kommt die Einschätzung, dass zum Beispiel die Liberalisierung von Dienstleistungen oft negative Auswirkungen für von Armut betroffene Menschen etwa im Gesundheitsbereich oder bei der Energieversorgung nach sich zieht. Hier wird eine verstärkte Analyse der Wechselwirkungen angemahnt. Vor diesem Hintergrund wird auch gefordert, die Treffen der Menschen in Armut im Sinne einer Informationsplattform in Zukunft weiterzuführen. Um die Treffen noch deutlicher in der politischen Landschaft zu platzieren, sollte darüber nachgedacht werden, wie der Teilnehmerkreis sinnvoll erweitert werden kann. So beklagten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass kein Vertreter des Europäischen Parlaments anwesend war und regten an, in Zukunft auch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber einzuladen.

Eine weitere konkrete Forderung an die Europäische Union besteht darin, sich stärker in der Diskussion um armutsfeste Mindestlöhne und Mindesteinkommen als europäischem Sozialstandard zu positionieren. Dabei stellt sich einerseits die Frage, ob und inwieweit Mindestlöhne und Mindesteinkommen den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen. Andererseits stellt sich die Frage nach der Definition eines europäischen Mindestlohns und Mindesteinkommens. Als konkreter Vorschlag wurde die Einführung eines europäischen Warenkorb mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen genannt, auf dessen Basis sich in den Mitgliedstaaten angemessene nationale Mindesteinkommensmodelle und weitere Sozialtransfers berechnen ließen.

Aus Sicht der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer muss die Europäische Union ihre Anstrengungen verstärken, das europäische Sozialmodell ausgewogener zu gestalten und stärker zu harmonisieren. Bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie zeigt sich, dass der Offenen Methode der Koordinierung die Bindungskraft an konkrete politische Maßnahmen fehlt. Sie wird von den Beteiligten deshalb als zu unverbindlich wahrgenommen. Auch besteht die Forderung an die Europäische Kommission, stärker als bisher darüber zu wachen, dass die Mitgliedstaaten

einschlägige Konventionen und Richtlinien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bzw. zur Sicherung der Menschenrechte konsequent in nationales Recht übernehmen und diese Vorschriften tatsächlich anwenden. Ein Hilfsmittel hierzu könnte aus Sicht der Delegationen sein, die Charta der Grundrechte in der Europäischen Verfassung verbindlich zu verankern.

Wünschenswert ist nach Einschätzung der Tagungsteilnehmer, dass die Strukturfonds der Europäischen Union stärker für die Armutsbekämpfung eingesetzt und nachhaltiger gestaltet werden. Ein Problem besteht in den zu kurzen Laufzeiten für einzelne Projekte. Der Zwang, in kurzen Abständen immer wieder neue, innovative Projektvorschläge einreichen zu müssen, behindert den Aufbau einer nachhaltigen sozialen Infrastruktur und die Entwicklung ganzheitlicher, sich sukzessive entwickelnder Förderansätze. In diesen Kontext gehört auch der Hinweis, lokale und regionale Initiativen besser zu fördern.

Die Beiträge des Podiums

Jérôme Vignon, Direktor der Abteilung Sozialschutz und soziale Integration

Herr Vignon unterstrich in seinem Beitrag die Bedeutung des Europäischen Verfassungsprozesses. Ohne eine verbindliche Rechtsgrundlage kann die Europäische Union im Bereich von Armuts- und sozialen Ausgrenzungsfragen nicht tätig werden. Insofern war der Amsterdamer Vertrag, der 1997 unterzeichnet wurde und 1999 in Kraft trat, bereits ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dem mit der gemeinsamen Verfassung allerdings dringend weitere folgen müssen.

Auch die Frage nach dem Beitrag der Europäischen Kommission zu verbindlichen sozialen Mindeststandards ist elementar mit der Frage nach den rechtlichen Rahmenbedingungen der Union verknüpft. Die Europäische Kommission kann keinem Mitgliedstaat verbindliche Vorgaben machen, auch wenn dies im Sinne der stärkeren Harmonisierung des Europäischen Sozialmodells und des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung wünschenswert erscheinen mag. Zielvereinbarungen und ihre Umsetzung liegen in der Entscheidungshoheit der Mitgliedstaaten. Insofern zielt der Vorwurf an die Europäische Kommission, sie sei in diesem Bereich zu passiv, ins Leere. Allerdings wollen die Europäische Kommission und der Ausschuss für Sozialschutz darauf hinwirken, dass die Ziele im Bereich des Sozialschutzes klarer definiert und verbindlicher umgesetzt werden. So soll der Zugang zu angemessenen Mindesteinkommen deutlicher mit der Frage nach der Mindestausstattung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen, zu der die Bürgerinnen und Bürger in Europa Zugang haben sollen, verbunden werden.

Aus Sicht von Herrn Vignon kann die Europäische Union aber auch auf wichtige Erfolge hinweisen. Die Europäische Union hat den weitest reichenden Arbeitsschutz aller Wirtschaftsräume; der soziale Dialog ist festgeschrieben. Insbesondere im Bereich des Schutzes vor Diskriminierungen sind viele Verbesserungen eingetreten. So haben die Menschen innerhalb der Union jetzt ein Klagerecht gegen Diskriminierungen, das insbesondere die Roma zur Verbesserung ihrer Situation nutzen können. Im Rahmen der Sozialfonds gibt es spezielle Programmlinien, um die Arbeit für und mit Migrantinnen und Migranten zu unterstützen.

Dies entkräftet den Vorwurf, dass die Lissabon-Strategie nur der Umsetzung von Wirtschaftsinteressen dient. Sie hat die Mitgliedstaaten verpflichtet, Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu erarbeiten, den gegenseitigen Austausch zu verstärken und den Informationsstand über bzw. die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in Europa zu verbessern. Abschließend betont er, dass zur Stärkung der sozialen Dimension in der EU der Mobilisierung der Betroffenen sowie der Wiederbelebung des Verfassungsprozesses eine zentrale Rolle zukommt.

Elise Willame, Vorsitzende des Ausschusses für Sozialschutz

Nach den Worten von Frau Willame macht sich der Ausschuss für Sozialschutz dafür stark, dass die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen bessere Teilhabe- und Partizipationschancen erhalten. Dabei enthalten die Lissabon-Strategie und die daraus abgeleiteten Ziele bereits deutliche Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten. Viele der offenen Fragen, die im Kontext des 6. Europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen angesprochen wurden, sind in diesen Zielen erfasst. Insofern stehen diese Themen auf der Agenda der europäischen Institutionen und der nationalen Regierungen. Es kommt allerdings darauf an sicherzustellen, dass die Verantwortlichen aller Ebenen auch im Sinne der Zielvereinbarungen tätig werden.

Bei der Frage, wie die Lissabon-Strategie effektiver umgesetzt werden kann, verweist Frau Willame auf die Notwendigkeit, die Partizipation aller Beteiligten weiter auszubauen. Damit verbunden ist die Aufgabe, den Dialog auf alle Ebenen auszuweiten. Und schließlich stellen aus ihrer Sicht grenzüberschreitende Treffen ein wichtiges Element für das weitere Vorgehen dar. Partizipation bedeutet aber auch, die Menschen ernst zu nehmen. Insofern nimmt Frau Willame die Sorge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die möglichen negativen Auswirkungen der Liberalisierung von Dienstleistungen auf und leitet daraus den Auftrag ab, dass der Ausschuss für Sozialschutz sich zukünftig ein klareres Bild über die sozialen Folgewirkungen seiner Initiativen verschaffen muss. Zugleich versichert sie den Delegierten, dass der Ausschuss auch in Zukunft ein Ort des gegenseitigen Austauschs und der Unterstützung für ihre Anliegen sein will.

Renzo Fior, Präsident von Emmaus International

Entgegen der häufig auf der Tagung erhobenen Forderung nach einer besseren staatlichen Unterstützung für lokale Initiativen und NGO's vertritt Herr Fior die These, dass die Organisationen zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit eher auf Distanz als auf Finanzierungszusagen ausgerichtet sein sollten. Die Arbeit von Emmaus bestätigt zugleich die Erfahrungen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 6. Treffens berichtet haben. Ein zentrales Anliegen ist darin zu sehen, dass die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen ihre Würde wiederfinden können. Dazu ist es auch wichtig, dass die Betroffenen nicht in eine dauerhafte Abhängigkeit von Sozialtransfers geraten, weil sie dadurch der Fähigkeit zur selbstbestimmten Lebensführung beraubt werden.

Nach Einschätzung von Herrn Fior ist die Erreichbarkeit der Lissabon-Ziele bis 2010 nicht realistisch. Da im Gegenteil Armut und soziale Ausgrenzung zunehmen, bleibt es aus seiner Sicht unklar, wie hier in den kommenden dreieinhalb Jahren ein entscheidender Durchbruch erreicht werden soll. Ein weiteres tritt hinzu, denn aus seiner Sicht ist das Prinzip der Marktwirtschaft als Grundlage der Europäischen Union unvereinbar mit dem Anspruch alle Bürgerinnen und Bürger vollständig zu integrieren. Und schließlich bedingt die Politik der Liberalisierungen und Privatisierungen gerade im Bereich der Versorgung mit öffentlichen Gütern (Energie, Trinkwasser) neue Erscheinungen sozialer Exklusion.

Deshalb haben die Politikerinnen und Politiker eine Verpflichtung, den von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen zuzuhören. Insofern ist das 6. Treffen ebenso wie seine Vorgängerveranstaltungen ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Mitspracherechte.

5. Schlussworte

Franz Thönnnes

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Herr Thönnnes betont, dass das 6. Treffen von konstruktiven Gesprächen und Diskussionen geprägt war, aus denen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer neue Eindrücke und Perspektiven mitnehmen können. Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass die Treffen der Menschen in Armut etwas bewirken. Drei Aspekte sind aus Sicht von Herrn Thönnnes besonders wichtig. Erstens konnte die Einbeziehung der von Armut Betroffenen in den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess auf europäischer wie nationaler Ebene seit 2001 gestärkt werden. Zweitens wird das Bild von Armut und sozialer Ausgrenzung durch die konkreten Hinweise und Schilderungen greifbarer und besser verstehbar. Und drittens zeigen viele Beispiele, dass sich die Einbeziehung von Betroffenen in den politischen Prozess positiv auf die Überwindung ihrer Situation und auf die Lösung von Problemen auswirken kann. In den vielen lokalen, regionalen und nationalen Foren, in denen die Partizipation der Betroffenen stattfindet, lässt sich dies sehr gut beobachten.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto „Kräfte bündeln für ein soziales Europa – für eine soziale Welt“. Vertrauen und Akzeptanz für ein soziales Europa ist nur dann zu erreichen, wenn für die Menschen glaubwürdig ist, dass dieses Europa Perspektiven für alle Bürgerinnen und Bürger bietet. Hier zeigt die Tagung, dass die Erfahrung von Armut kein unabänderliches Schicksal ist, mit dem sich Betroffene abfinden. Sie beweisen jeden Tag großes Engagement und Kreativität und bringen ihre Forderungen zu Gehör. Politik und Regierungen haben eine Verpflichtung, die Betroffenen anzuhören, um konkrete Kenntnisse für ihr politisches Handeln zu gewinnen und entsprechende Maßnahmen zugunsten der von Armut Betroffenen anzustoßen. Menschen in Armut brauchen Hilfe von Staat und Gesellschaft. Das bedeutet eine Kombination aus Hilfe zur Selbsthilfe und verlässlichen Mindeststandards im Sozialschutz. Zu einer Mindestversorgung gehören zunächst die Bedürfnisse von Menschen, die aufgrund von Krankheit, Behinderung, schwierigen Lebensumständen oder auch wegen zu geringer Bildung zu weit von den Anforderungen des Arbeitsmarktes entfernt sind. Dazu gehören aber auch die faire Entlohnung von Arbeit, ein Dach über dem Kopf, die medizinische Versorgung und der Zugang zur Bildung vom Kleinkindalter an.

Ludo Horemans

Präsident von EAPN

Aus Sicht von Ludo Horemans hat das Treffen gezeigt, dass die Europäische Union noch weit von ihrem Ziel, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, entfernt ist. Es bleibt nur noch wenig Zeit bis zum Jahr 2010, insofern muss der Kampf mit verstärkter Intensität fortgesetzt werden. Sein Appell lautet, nicht zu vergessen, dass Armut und soziale Ausgrenzung ein Unrecht darstellen, das in einem der reichsten Teile der Erde nicht toleriert werden kann. Gerade auf einem europäischen Treffen sollten sich die Delegierten immer auch der Tatsache bewusst sein, dass die Frage der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine weltweite Dimension hat. Die Beseitigung von Armut kennt viele Ansätze. Entscheidend ist, dabei nicht aus dem Auge

zu verlieren, dass gegen die Armut und nicht gegen die Armen Politik gemacht werden muss. Zentrale Themen der Armutsbekämpfung sind dabei angemessene Mindesteinkommensmodelle, faire Löhne, die Beteiligung aller Ebenen und insbesondere die Partizipation der unmittelbar von Armut Betroffenen.

Davor Dominkus

Abteilungsleiter Soziales im Ministerium für Arbeit, Frauen und Soziales, Republik Slowenien

Herr Dominkus verleiht seiner Überzeugung Ausdruck, dass alle Beteiligten die Tagung als persönliche Bereicherung erlebt und verarbeitet haben. Die zum Teil sehr persönlichen und eindringlichen Schilderungen der Betroffenen unterstreichen die Notwendigkeit, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung unbedingt weiter zu führen. Dabei gilt es vor allem den Zugang zu den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit und den sozialen und kulturellen Dienstleistungen sicherzustellen. In Slowenien ist der Kampf gegen Armut eines der zentralen politischen Themen, bei dem der Nationale Aktionsplan eine wichtige Rolle spielt. Der politische Ansatz zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung umfasst Maßnahmen, die den betroffenen Menschen Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen sollen ebenso wie präventive Elemente, damit Armut und soziale Ausgrenzung gar nicht erst entstehen. Die Ergebnisse dieses Vorgehens lassen sich an einer positiven Entwicklung der Armutsrate in Slowenien ablesen. Um die Ergebnisse zu sichern und weiterzuentwickeln, ist jedoch ein stetiger Dialog auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene nötig. Das 6. Treffen hat daran erinnert, wie wichtig dabei die Einbeziehung der Betroffenen ist. In diesem Sinne wird sich auch die slowenische Ratspräsidentschaft weiter an der Fortführung und Gestaltung des begonnenen Diskussionsprozesses intensiv beteiligen und zum 7. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen einladen.

Anhang 1

Schlussfolgerungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft aus dem 6. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen an den Rat für Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz am 30. und 31. Mai 2007

Es wird begrüßt, dass der Frühjahrsrat die Bedeutung der sozialen Dimension Europas unterstrichen und den Willen bekräftigt hat, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb Europas zu stärken. Ebenso ist zu begrüßen, dass sich der Frühjahrsrat dafür ausgesprochen hat, die gemeinsamen sozialen Ziele im Rahmen der Lissabon-strategie stärker zu berücksichtigen und deutlich zu machen, dass die Europäische Union nur dann erfolgreich sein kann, wenn neben dem wirtschaftlichen Fortschritt auch ein angemessener sozialer Schutz aller gewährleistet ist. Dazu sind gemeinsame Mindeststandards zu entwickeln und die Instrumente der Offenen Methode der Koordinierung weiter auf zentrale Punkte zu fokussieren.

Es wird bekräftigt, dass der offene Dialog von Betroffenen und Regierungsvertretern bei den Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen wichtig bei der Gestaltung der Offenen Methode der Koordinierung auf europäischer Ebene ist. Das 6. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen stellt fest, dass sich die Beteiligung der von Armut Betroffenen in den Mitgliedstaaten seit der Einführung der Treffen 2001 verbessert hat. Die Treffen haben den Austausch der Menschen mit Armutserfahrungen aus allen Mitgliedstaaten intensiviert und Lernprozesse angestoßen. In den Mitgliedstaaten hat dies dazu beigetragen, dass die von Ausgrenzung Betroffenen Beteiligungsformen und Netzwerke aufbauen und vertiefen und ihre Arbeit insbesondere in kleinen Schritten auf lokaler Ebene Wirkung zeigt. Damit werden die Grundlagen für eine intensivere politische und bürgerschaftliche Partizipation Betroffener gestärkt.

Festzustellen ist aber auch, dass der Zusammenschluss der von Armut Betroffenen und ihre Einbindung von Seiten der Regierungen in die nationalen Prozesse unterschiedlich ausgeprägt ist und in einigen Mitgliedstaaten noch der Verbesserung bedarf. Die deutsche EU-Präsidentschaft unterstreicht daher die Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Einbindung aller Akteure zu erhöhen und appelliert an die Mitgliedstaaten, die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen in ihre Arbeit stärker einzubeziehen. Zur Intensivierung und Verstetigung des Dialogs wird angeregt, dass die Delegierten zwischen den Treffen auf nationaler Ebene Kontakt zu den EU-Parlamentariern halten. Außerdem wird angeregt, verstärkt das Prinzip des Seitenwechsels zu praktizieren und bei offiziellen Terminen den Besuch eines Projekts der sozialen Integration wahrzunehmen.

Gleichzeitig haben die Diskussionen des 6. Treffens zur zukunftsorientierten Fortentwicklung der Konferenzen und zur Stärkung ihrer Zielorientierung deutlich gemacht, dass zukünftig die Beratungen auf konkrete Schwerpunkte konzentriert werden sollten. Für die Politik im Bereich der sozialen Integration gilt es vor allem auf Folgendes hinzuwirken:

- Jeder Form von Ausgrenzung und Diskriminierung - wirtschaftlicher oder sozialer Art muss entgegengesteuert und allen Menschen ein Leben in Würde garantiert werden. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist das Fundament des Europäischen Sozialmodells.

- Der Arbeitsmarkt muss so gestaltet sein, dass auch die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernten Personen eine Chance auf wirtschaftliche Teilhabe bekommen. Alle Möglichkeiten, die der aktiven Einbeziehung auch der am stärksten ausgegrenzten Menschen in die Gesellschaft dienen, sind daher zu nutzen. Ein angemessenes Mindesteinkommen für alle ist sicherzustellen, ohne dabei den Grundsatz aus den Augen zu verlieren, dass sich Arbeit lohnen muss. Gleichzeitig sollen die Betroffenen auf ein austariertes System von Fördermaßnahmen im Sinne einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und den Zugang zu qualitativ hochwertigen Diensten zurückgreifen können. Der Zugang aller zu Bildung und Ausbildung ist dabei ein Schwerpunkt.
- Das Europäische Sozialmodell ist durch gemeinsame Mindeststandards sowie die schrittweise Umsetzung der gemeinsamen Ziele im Bereich der Beschäftigung, des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die ausreichende Absicherung des Lebensunterhalts für nicht Erwerbsfähige ebenso wie die Sicherung des Angebots an alle Menschen, ein Dach über dem Kopf in Anspruch nehmen zu können und der Zugang aller zu öffentlichen Dienstleistungen in Gesundheit und Pflege. Ebenso erforderlich ist, dass Migranten im jeweiligen Aufnahmeland eine menschenwürdige Behandlung erfahren und ihre soziale Integration gefördert wird.
- Ein entschlossenes Engagement zur Verringerung der Kinderarmut ist notwendig. Das wichtigste Ziel ist es zu verhindern, dass Kinder früh den Anschluss an soziale Integration verpassen und chancenlos werden. Daher sind die Anstrengungen zur Integration der Eltern, insbesondere allein Erziehender in den Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Betreuung von Kindern auch unter drei Jahren zu verbessern, um gleiche Bildungschancen für alle zu garantieren und die Übertragung von Armut von einer Generation auf die nächste zu verhindern.
- Um entscheidende Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erzielen ist es notwendig, dass alle Verantwortlichen und Akteure auf nationaler und europäischer Ebene in den Prozess einbezogen sind. Bei der Gestaltung, Umsetzung und Beobachtung von Maßnahmen sowie deren Bewertung im Hinblick auf ihre Auswirkungen, ihren Nutzen und ihre Nachhaltigkeit ist die Mitwirkung aller staatlichen Ebenen, der Zivilgesellschaft, von Wissenschaft und Betroffenen eine wesentliche Voraussetzung. Nationale Zieldefinitionen können diesen Prozess flankierend unterstützen.

Anhang 2

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

ÖSTERREICH

Ms KORTSCHIKOVA Llubov	Omega
Mr. SCHÜTTE Michael	Augustin Street paper
Ms HIPTMAIR Sylvia	Österreichische Plattform für Alleinerziehende
Mr. GACH Peter	SHG
Ms GURTNER Christine	Vereine Pe-le

BELGIEN

Mr. TILQUIN Franck	Solidarités nouvelles
Ms TONNEAU Nicole	Réseau belge de lutte contre la pauvreté
Mr. ROSIERS Paul	Belgisch Network
Ms STEPMAN Patricia	Belgisch Network
Mr. RENAULT Michaël	Réseau belge de lutte contre la pauvreté

BULGARIEN

Mr. MINEV Douhomir	EAPN Bulgaria
Mr. YOSIFOV Boris	EAPN Bulgaria
Mr. NIKOLOV Aleksandar	EAPN Bulgaria
Mr. MINKOV Tzvetan	Union of Pensioners

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Ms ZUROVCOVA-SEVCIKOVA Hana	Obcanske Struzeni Vzajemné souziti
Ms HOLUBOVA Sona	Obcanske Struzeni Vzajemné souziti
Ms GOLOVA Bohdana	Novy Prostor
Ms VIOLOVA Barbora	Obcanske Struzeni Vzajemné souziti
Ms SMARHOVYCOVA Jolana	Obcanske Struzeni Vzajemné souziti

CYPRUS

Ms KAZANZIS Ninetta	EAPN Cyprus
Ms APOSTOLIDOU Frosso	Pancyprian Single Parent Association
Mr. TSIAKLIS Kyros	United Cypriot Pensioner's Association
Ms KOUFOU Andri	EAPN Cyprus

DÄNEMARK

Ms VEJBO Dorthe	Kofoeds School
Ms ANNALISE Bay France	Sand
Ms METTE Jensen	Kofoeds School
Mr. HOLMGREN René	Sand

ESTONIA

Ms TEDER Pille	Tallinn Child Support Centre
----------------	------------------------------

FINNLAND

Mr. HONKONEN Antti	Finnish association of Healthy Lifestyl
M HUOTARI Kai	EAPN Finland
Ms SINNENMAA Kati	Finnish Association for Healthy Lifestyle
Ms KOSONEN Maria	Espoon Olarin Seurakunta
Ms MULARI Aila	Midas Touch Contact Center

FRANKREICH

Ms COLINET Geneviève	EAPN France
MS CATTELOTTE Sophie	Tous pour un
Mr. DEPUYTE Rogers	Magdala & Forum de l'insertion
Mr. PECCAVET Jeremy	Armée du Salut
Mr. PARIS Jean-Claude	Alerte - la parole du citoyen
Ms POILVERT Virginie	La parole du citoyen

DEUTSCHLAND

Ms BIEHN Erika	EAPN Germany
Mr. KADIOFSKY Peter	Hilfe Im Nordend
Mr. SCHMIEDL Robert	Region Erwerbslosenausschus Göttingen
Mr. JECKEL Wolfgang	Bundesbetroffeneninitiative
Ms SCHMIDT Dorothée	VAMV Single parents organisation
Mr. SCHRÖTER Jens	Bag-Shi

GRIECHENLAND

Ms PAPAGIANOGLOU Liza	EAPN Greece
Ms SIDIROPOULOS Odysseas	PamPontian association "ARGO"
Ms SARANTOPOULOU Kyriakoula	Daily center "Ariadni"
Ms PECHLIVANIDOU Elena Margarita	Panhellenic Association of Members of One parents families

UNGARN

Mr. BEKE Marton	Hungarian Anti Poverty Network
Ms GYIMESINE FRENYO Borbála	Hungarian Anti Poverty Network
Mr. SCHWOLCZ Istváan	Hungarian Anti Poverty Network
Mr. BIRI Imre	Hungarian Anti Poverty Network
Ms RUGYAINÉ MAJOR Eva	Hungarian Anti Poverty Network

IRLAND

Ms LYNCH Kay	Northside Community Law Centre & EAPN Ireland
Ms MBUGUA HENRY Salome	Migrant women's Network
Mr. DHALA Egidie	Centre integration education of migrants
Mr. BHATNAGAR Rajat	Rendez-vous Restaurant
Ms GERMAN Maria Lourdes	Migrants Rights Centre Ireland

ITALIEN

Ms MANZARI Laura	Associazione Europa
Mr ARSENE Ciprian	
Ms BIBLYV Oksana	Casa Editrice Ottopagine
Ms MATERA Rosa	Associazione Europa
Ms IMBIMBO Fiorella	Ass. Amici di Piazza Grande
Mr. BATTAGLIA Giuseppe	Il Pioppo

LETTLAND

Ms ALERE Elina	SKALBES Eapn Latvia
Ms DANCE Gunta	DZILE Centre for psychological aid & education
Ms KRAGE Edite	Support centre for NGO's of Northern Kurzeme

LITAUEN

Mr. ZALTAUSKAS Martinas	EAPN Lithuania
Ms ZURAVLIOVA Olga	Information & Support Centre
Ms URBONIENE Elena	EAPN Lithuania
Ms JAZUKEVICIUTE Jurate	EAPN Lithuania

LUXEMBURG

Ms GALLO Marianne	EAPN Luxembourg
Ms MEYERS Mary-Anne	
Mr. OLK Tom	Interactions Faubourg
Mr. REDIN Toto	Interactions Faubourg

MALTA

Ms GAUCI Dolores	Richmond Foundation
Ms SAID Dianne	Richmond Foundation
Ms MICALLEF Bridget	Richmond Foundation
Ms VELLA Helen	Richmond Foundation

NIEDERLANDE

Ms SMEEKES Alida	EAPN Netherlands
Mr. TE BRAKE Henk	Raad Sociale Zaken
Mr. VAN OSTAYEN Rien	Raad Sociale Zaken
Ms VAN VLIET Marjo	Raad Vlaardingen
Ms VAN SAMBEECK Maria	EAPN Netherlands

NORWEGEN

Ms KARLSEN Eva	Welfare Alliance
Ms FRAGAAT Liv Airin	Total rehab
Ms JOHNSEN Anne Beate	Welfare Alliance
Mr. SOLVANG Rolf	SON Offenders organisation
Mr. ODLAND Terje	Welfare Alliance

POLEN

Ms WALCZYK Dagmara	Barka Foundation for Mutual help
Mr. SZCZERBA Stanislaw	
Mr. POTOCKO Dariusz	SIW Barka Association
Ms SZAFRANSKA RATAJCZAK Irena	Social Cooperative RIKSZA
Mr. SMURA Janusz	Shelter for Homeless people
Ms PIOTROWSKA Kornelia	Centre of Social Integration

PORTUGAL

Ms PACHECO Vanda	Centre d'Etudes sociales
Mr. MARTINS PEREIRA NUNES Paulo	Fundação para o Desenvolvimento da Zona Historica do Porto
Ms COELHO Helena	Associação Desenvolvimento Bem-estar Social Cruz da Picada
Ms FERNANDO Silva	Association des Aveugles
Ms AMORIM Ana	Association des Aveugles

SLOVAKIA

Ms MACAKOVA Slavka	Center for sustainable development
--------------------	------------------------------------

SLOVENIA

Mr. NOUHOUM Ibrahim	Humanitas
Mr BAJEC Anton	Institute for Parenthood & Family
Mr ATT Ivan	

SPANIEN

Ms OSETE Cristina	Emmaus
Mr. TORRES BETANCOURT Jamilis	
Ms MORON CUESTA Soraya	
Mr. ASENSIO GARCIA Jorge	
M AGUSTIN Gil	Ruiz
Mr. GUILLEN RODRIGUEZ	Rogelio

SCHWEDEN

Mr. JORGENSEN Johannes	EAPN Sweden
Mr. ANDERSSON Kent	EAPN Sweden
Mr. ANDERSSON Thomas	EAPN Sweden
Mr. LUOMA-PANTI Nehry Erik	EAPN Sweden
Mr. LINDQUIST Peter	EAPN Sweden

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Ms RAMADAN Nazek	Migrant & Refugee Empowerment
Ms AL- ABEEDI Amal	MRC Anti poverty group
Mr. ISMAIL Abdi	MRC Anti poverty group
Mr. MANAHIL Ahmed	MRC Anti poverty group
Ms BAILEY Patricia	ATD Fourth World
Mr. NEVILLE Seamus	ATD Fourth World

MODERATOR/INNEN

Ms SMEEKES Anouschka	EAPN Nederland
Ms MOSER Michaela	EAPN Austria
Mr. WESTERHEIM Dag	Verlferdsalliansen, Norway
Ms GORIS Josée	PPS Social Integration, Belgium
Mr. PAIVA Julio	EAPN Portugal
Ms DIERCKX Danielle	University of Antwerp, Belgium
Mr. VEREECKEN Léopold	Forum belge de lutte contre la pauvreté, Belgique
Ms CALVANELLI Laura	Caritas, Italy
Mr ORAVEC Laco	Milan Simecka Foundation, Slovakia
Ms CESARINI SFORZA Letizia	CILAP EAPN Italy
Ms HERMANS Marja	Welzijnszorg vzw, Belgium
Mr. MARGUERY Olivier	Armée du Salut, France
Ms MURPHY Dearbhal	FEANTSA
Ms GERONDAL Micheline	EAPN

GERMAN EU PRESIDENCY

Mr. MÜNTEFERING Franz	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Mr. THÖNNES Franz	Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ms LETZNER Peggy	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Dr HÖGL Eva	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ms HUXHOLD Erika	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ms BUCK Ute	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ms KUCK-SCHNEEMELCHER Daniela	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ms SELL Daniela	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Mr. IRLINKAEUSER Rainer	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Dr KOPPERNOCK Martin	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Mr. MEICHSNER Ermano Dietrich	Ständige Vertretung
Dr CHRISTEN Torsten	Ständige Vertretung
Mr. KLITSCHER Stephan	Ständige Vertretung
Mr. JOBELIUS Sebastian	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Mr. DEISCHL Romeo	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Ms WILDING Lilly	Bundesministerium für Arbeit und Soziales

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Mr. SPIDLA Vladimír	Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Mr. VIGNON Jérôme	Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Mr. LELIE Peter	Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Mr. SAINT-DENIS Antoine	Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Ms PARASKEVAS Marie-Anne	Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Mr. CALANDRINO Michele	Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit
Ms HÖFS Silke	Praktikantin der EU Kommission
Mr SAHA David	Praktikant der EU Kommission

GÄSTE

Ms WILLAME Elise	Generaldirektorin des Föderalen Öffentlichen Dienstes Soziale Sicherheit und Vorsitzende des Ausschusses für Sozialschutz
Mr. SIVONEN Lauri	Berater des Menschenrechtskommissars des Europarates
Mr. FIORRenzo	Emmaus International
Mr. ANDERSON Jan	Vorsitzender des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im EP
Ms NIKITENKO Nathalie	Ständige Vertretung von Frankreich
Ms SEARA SOTO Delmira	Ständige Vertretung von Spanien
Ms RABAU Muriel	Ständige Vertretung von Belgien
Mr. DRAGANOV Dragomir	Ministerium für Arbeit und Soziales, Bulgarien
Mr. SEPPELIN Markus	Ministerium für Soziales und Gesundheit, Finnland
Ms GREGORCOVA Silvia	Ministry of Labour, social affairs & family, Slovak Republic
Mr. CENCELJ Ivan	Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie, Slowakische Republik
Ms WEINANDY Brigitte	Ministerium für Familie und Integration, Luxemburg
Mr. OLBRICH Eduard	Bundesministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Österreich
Ms FITZGERALD Niamh	Abteilung für Soziales und Familie, Irland
Ms MICALLEF Therese	Ministerium für Familie und soziales Solidarität, Malta
Mr. ERDELYI Akos	Ministerium für Soziales und Arbeit, Ungarn
Mr. BURSTON Chris	Abteilung für Arbeit und Alterssicherung, Vereinigtes Königreich
Mr. VANDENBUSSCHE Johan	Bundesministerium für soziale Integration, Belgien
Mr. UNDERWOOD Simon	Stadtrat Newcastle, Vereinigtes Königreich
Ms DECHAUX Marie Hélène	Ministerium für Arbeit, Wohnen und sozialen Zusammenhalt, Frankreich
Rev. HEIDTMANN Dieter	Konferenz europäischer Kirchen
ms LAPIERRE Angélique	Ministerium für Soziales, Frankreich
Ms GOLDHOORN Tidde	Ständige Vertretung der Niederlande
Ms TIRRONEN Pia	Agentur der EU für Grundrechte
Ms ZAJAROSOVA Zuzana	Ministerium für Arbeit und Soziales, Tschechische Republik
Ms SZARAZ Krisztina	EP, Ungarn
Mr. SCHWARZ Thomas	Agentur der EU für Grundrechte
Ms KING Brenda	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Abt. Beschäftigung, Soziales und Bürgeranliegen
Mr. VAN GEERTSOM Julien	Vorsitzender des Föderalen Öffentlichen Dienstes Soziale Sicherheit, Belgien
Mr. LOURDELLE Henri	ETUC, Europäischer Gewerkschaftsbund
Mr. TEUSCHER Tobias	Rat für Frauenrechte und Chancengleichheit
Mr. ANDRADE Simone	Dignity International
Mr. BARNETT Stephen	ESN, Europäisches Netzwerk der Sozialamtsleiter/innen
Ms HÄRTWIG Anja	Eurochild
Ms DI PUPPO Roshan	Geschäftsführerin der Social Platform
Mr. DEVOS Jacques	Emmaüs International
Mr. GUENTNER Simon	Eurocities
Ms WELFORD Sarah	Organisationskomitee ATD Fourth World

SLOVENIAN MINISTRY

Mr. DOMINKUS Davor Ministry of Labour, Family & Social affairs, Slovenia
Ms OSLAJ Danica Ministry of Labour, Family & Social affairs, Slovenia

CHAIRS

Prof.Dr. HUSTER Ernst-Ulrich Evengelische Fachhochschule - Rheinland/Westfalen-Lippe Bochum
Bishop JEPSEN Maria Nordelbische Ev.-Luth. Kirche, Hamburg

BERICHT

Dr BOECKH Jürgen Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

ACADEMIC COMMUNITY

Dr ZINIEL Gerlinde EU Foundation Improvement of Living & Work conditions
Dr JOHANSSON Hakan Växjö University, Sweden
Mr. FRAZER Hugh National University of Ireland, Maynooth
Mr. MARLIER Eric CEPS/INSTEAD Research Institute (Lux)

KOORDINATION

Ms GERONDAL Micheline Koordinatorin des 6. Europäischen Treffens

EAPN

Mr. HOREMANS Ludo EAPN, Präsident
Mr. FARRELL Fintan EAPN, Geschäftsführer
Ms GUEUDET Audrey EAPN, Pressereferentin

CARTOONISTS

Mr. VINCKE Bob Cartoonist Karikaturenzeichner
Mr. DE BOLLE Emiel Karikaturenzeichner

PHOTOGRAPHER

Mr. DAKOUA Raymond Fotograf

TV Schweden

Mr. PILTZ Mattias TV Sweden
Ms RANTALA Janne TV Sweden

FREIWILLIGE

Mr. VERECKEN Nicolas Freiwilliger
Ms NOLMANS Cynthia Büroleiterin
Ms FLEMAL Coralie Sekretärin
Mr. LEMMENS Philippe Finanzreferent
Ms JONES Sian EAPN, Politikreferentin
Ms FAZI Elodie EAPN, Politikreferentin
Ms CHAMPEIX Claire EAPN, Politikreferentin



Danksagung

Unterstützt von der Europäischen Kommission und der Belgischen Regierung

Organisiert mit Hilfe von EAPN, dem Europäischen Netzwerk gegen Armut

Berichterstatter: **Dr Jürgen Boeckh** - Koordinatorin: **Micheline Gerondal**

Photograph: **Raymond Dakua** - Cartoons: **Bob Vincke und Emiel de Bolle**

ISBN: 978-2-930252-44-5